

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Issue-Orientierung, Issue-Kompetenz und Wahlverhalten aus kommunalpolitischer Perspektive

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1976) : Issue-Orientierung, Issue-Kompetenz und Wahlverhalten aus kommunalpolitischer Perspektive, In: Horst Kanitz (Ed.): Kommunales Wahlverhalten, ISBN 3-87198-054-4, Eichholz Verlag, Bonn, pp. 199-240

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112434>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Issue-Orientierung, Issue-Kompetenz und Wahlverhalten aus kommunalpolitischer Perspektive

Hans Dieter Klingemann

1. Einleitung

In diesem Beitrag wird die Bestimmung der Wahlentscheidung durch politische Faktoren untersucht. Der Einfluß der vom Wähler wahrgenommenen Problemkompetenz der politischen Parteien steht dabei im Mittelpunkt der Überlegungen. Im ersten Teil wird das Konzept der politischen Problemorientierung diskutiert und differenziert. Die Problemtypen, von denen eine Beeinflussung der Wahlentscheidung des Durchschnittsbürgers angenommen werden kann, werden beschrieben. Im zweiten Teil wird die Art der Verknüpfung von politischen Problemen und politischen Parteien behandelt. Dabei wird die Bedeutung der gesellschaftlichen Erfahrung mit den Parteien, wie sie sich in den Vorstellungsbildern über politische Parteien niederschlägt, besonders betont.

Im dritten Teil werden die Vorstellungsbilder von der CDU/CSU und der SPD analysiert. Dabei steht die Frage nach Art, Gewicht und Bewertung der auf politische Probleme bezogenen Vorstellungselemente im Vordergrund des Interesses.

Im abschließenden Teil wird ein Modell zur Erklärung des Wahlverhaltens vorgestellt, das den Zusammenhang von Variablen spezifiziert, die der Wahlentscheidung unmittelbar vorgelagert sind. Es wird weiter danach gefragt, wie diese Variablen zum Zustandekommen eines bestimmten Wahlergebnisses beitragen.

Die in dieser Analyse vor allem diskutierten Konzepte: Problemkompetenz der Parteien, Kandidatenorientierung und Parteisympathie sind genereller Natur. Sie können zur Erklärung von Kommunalwahlen, Landtagswahlen oder Bundestagswahlen gleichermaßen herangezogen werden. Insoweit sind die Überlegungen unabhängig von der Systemebene. Da Daten, die anlässlich von Kommunalwahlen erhoben wurden, nur eine schmale Basis für eine empirische Analyse abgeben würden, werden wir in erster Linie auf Daten zurückgreifen, die anlässlich von Bundestagswahlen gesammelt wurden.

Die Datenlage erlaubt keine systematische Überprüfung der Unterschiede in der Ausprägung der unabhängigen Variablen Problemkompetenz der Parteien, Kandidatenorientierung und Parteisympathie, ihres Zusammenhanges untereinander und mit der Wahlentscheidung, getrennt nach Systemebenen. Der Einfluß von Gemeindegröße kann jedoch kontrolliert werden. In Anlehnung an die von Pappi (1975) vorgeschlagene Gemeindetypologie werden wir die Analysen für Großstädte (100 000 Einwohner und mehr), Mittelstädte (5 000—99 999 Einwohner) und Landgemeinden (bis 4 999 Einwohner) gesondert vornehmen. Dabei gehen wir für die Interpretation davon aus, daß die Einteilung Unterschiede in der sozialen und politischen Differenzierung von Kom-

munen erfaßt. Diese Anlage der Untersuchung soll mit dazu beitragen, die von Kevenhörster (1975) aufgeworfene Frage zu beantworten, ob bestimmte Elemente der politischen Kultur der Gesamtgesellschaft in kleineren Gemeinden in gleichem Maße akzeptiert werden wie in Großstädten.

2. Arten politischer Problemorientierung

In der folgenden Diskussion wird der Begriff »politisches Problem« analog dem in der amerikanischen Literatur gängigen Begriff »political issue« verwendet. Das Konzept ist sehr breit definiert. So verstehen Berelson et al. unter »political issues«: »... statements that allege differences between the contending parties or candidates with reference to such matters as domestic and international politics, the nature of a party's support or the capabilities of the nominees« (Berelson et al., 1954). Campbell et al. setzen den Begriff gleich mit: »... questions of public policy...« (Campbell et al., 1960). Beide Definitionen, die stellvertretend für viele ähnliche stehen, versuchen mit diesem allgemein gehaltenen Begriff des politischen Problems die politischen Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung von den sozialstrukturellen Einflüssen abzugrenzen.

Die Breite der Definition hat zu vielen Mißverständnissen und Scheinkontroversen geführt. So hat einerseits die empirische Wahlforschung stets aufs neue das von der normativen Demokratietheorie gezeichnete Bild des Staatsbürgers als Mythos »entlarvt«. Andererseits haben die normativen Demokratietheoretiker in der Folge darüber nachgesonnen, auf welche Weise man denn den Bürger mit den Eigenschaften versehen könnte, die den professionellen Politiker auszeichnen.

Nun läßt sich aber der Befund der empirischen Wahlforschung durchaus nicht so interpretieren, als sei der Wahlakt durchweg ein Verhalten ohne jede politische Motivation. Zwar wird nachgewiesen, daß eine informierte Beurteilung alternativer Maßnahmen, die zur Erreichung eines bestimmten politischen Ziels führen könnten, vom Durchschnittsbürger in der Regel nicht geleistet wird. So findet man zum Beispiel kaum konkrete Vorstellungen darüber vor, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen werden könnten, um Preisstabilität herbeizuführen. Doch zeigen die Resultate der Wahlforschung auch, daß der Wähler sehr wohl in der Lage ist zu artikulieren, welche Ziele er für wichtig und wünschenswert hält. Definiert man politische Problemorientierung als das informierte Abwägen von Ziel-Mittel-Relationen im Sinne der von den Politikern zu ergreifenden Maßnahmen zur Zielrealisierung, so kommt man offensichtlich zu anderen Schlußfolgerungen über das Gewicht politischer Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, als wenn man die Äußerung politischer Zielvorstellungen allein als Definitionskriterium gelten läßt.

Stokes hat diesen Sachverhalt in verschiedenen Arbeiten diskutiert und vorgeschlagen zwischen »policy defined issues« und »goal or value defined issues« zu unterscheiden (Butler and Stokes, 1969). Wir halten diese Unterscheidung für besonders sinnvoll, wenn man den Einfluß politischer Probleme auf die politische Entscheidung des Durchschnittsbürgers untersuchen will. Für den Bürger einer fortgeschrittenen

Industriegesellschaft ist Politik nur ein Spezialbereich unter vielen, mit denen er sich im Alltag auseinanderzusetzen hat. In einer solchen Situation ist es unrealistisch zu erwarten, daß zum Zwecke der Findung einer Wahlentscheidung ständig über die Lösungsmöglichkeiten der anstehenden politischen Probleme nachgesonnen wird. Unser Interesse konzentriert sich damit nicht auf eine politische Problemorientierung im Sinne des Abwägens von Ziel-Mittel-Relationen, sondern auf politische Problemorientierung im Sinne der Artikulierung von Zielvorstellungen.

Zur genaueren Kennzeichnung der Art des politischen Konflikts wollen wir im Bereich der ziel- oder wertbezogenen politischen Probleme, wiederum unter Verweis auf Stokes, zwischen Zielen unterscheiden, die als umstritten wahrgenommen werden (position issues) und solchen, die als allgemein wünschenswert angesehen werden (valence issues) (Butler and Stokes, 1969).

Es entspricht dem klassischen Verständnis des politischen Problems, daß das Ziel, um das es geht, umstritten ist; unterschiedliche Positionen stehen dabei einander gegenüber. So antwortete etwa in einer Umfrage vor der Bundestagswahl 1972 auf eine offen gestellte Frage nach den wichtigsten Problemen für die Bundesrepublik ein 48jähriger katholischer Facharbeiter aus Bayern:

»Mehr Lohn, niedrigere Preise. Angleichung von Arm und Reich. Weniger soziale Unterschiede.«

Ein 75jähriger Rentner, protestantisch, aus Baden-Württemberg meinte:

»Man sollte den großen Herren weniger Geld geben und dafür den Arbeitern und den Kleinrentnern um so mehr.«

Und eine 28jährige protestantische Angestellte aus dem gleichen Bundesland sagte:

»Den Paragraphen 218 durchbringen. Die Konfessionsschule abschaffen.«

Fast alle in solchen Antworten vorgefundenen umstrittenen politischen Zielvorstellungen können auf die Dimensionen des Klassen- und Konfessionskonflikts bezogen werden. Die Artikulation kontroverser Ziele ist jedoch eher die Ausnahme als die Regel. Kennzeichnend für die Art der wahrgenommenen politischen Probleme sind vielmehr die folgenden Beispiele. So meinte ein 42jähriger protestantischer Facharbeiter aus Hessen:

»Die wichtigsten Probleme sind Preisstabilität und Sicherung der Arbeitsplätze.«

Eine 54jährige Hausfrau, protestantisch, aus Niedersachsen nannte:

»Alterssicherung und Preisstabilität.«

Ein 43jähriger katholischer Angestellter aus Baden-Württemberg meint:

»Daß wir mehr Schulen brauchen und die Wirtschaft wieder stabil kriegen.«

Ein 34jähriger Angestellter, protestantisch, aus Niedersachsen sagte:

»Steuergerechtigkeit. Bildungswesen.«

Ein gleichaltriger katholischer Angestellter aus Bayern gab an:

»Die Bekämpfung der Kriminalität. Die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Stabilisierung der Preise.«

Ein 37jähriger, katholischer, ungelernter Arbeiter aus Niedersachsen antwortete:

»Gute Zusammenarbeit mit den USA. Frieden und Freiheit.«

Und ein 30jähriger protestantischer Beamter der mittleren Laufbahn aus Bayern gab zu Protokoll:

»Bessere Beziehungen zu den Ostblockländern. Stabilisierung der Preise.«

In diesen Antworten, die den Charakter der spontan genannten politischen Probleme kennzeichnen, werden solche Ziele angeführt, die in der Bevölkerung im Grundsatz weitgehend geteilt werden. Kaum jemand wird gegen Preisstabilität, Alterssicherung, Steuergerechtigkeit, mehr Schulen, weniger Kriminalität oder bessere außenpolitische Beziehungen zu den USA oder der Sowjetunion eintreten. Das Problemverständnis ist weniger auf Konflikt als auf Harmonie der Interessen bezogen.

Dies gilt auch für den Bereich der Kommunalpolitik. Verbesserung der Straßen und des Verkehrs, mehr und bessere Schulen, die Verbesserung der Wohnsituation oder die Einrichtung von Spielplätzen und Kindergärten kennzeichnen die Antworten auf Fragen nach den wichtigsten Gemeindeproblemen (WEMA, 1968; WEMA, 1969; GETAS, 1970; EMNID, 1971). Wenn auch mit einem inhaltlich unterschiedlichen Schwerpunkt, so ist auch im kommunalen Bereich das Vorherrschen eines Problemtyps festzustellen, der allgemein wünschbare Ziele betont.

Die Möglichkeit einer Transformation der allgemein geteilten Ziele in umstrittene Ziele besteht allerdings dann, wenn die relative Wichtigkeit von allgemein geteilten Zielvorstellungen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschieden beurteilt wird. So versucht etwa Inglehart den Generationskonflikt fortgeschrittener Industriegesellschaften mit der These zu erklären, daß sich die Prioritätsmuster von prinzipiell allgemein wünschbaren Zielen in der jüngeren und der älteren Generation grundlegend unterscheiden (Inglehart, 1971). Das gleiche Argument gilt analog, wenn die öffentlichen Mittel nicht ausreichen, um die als wichtig empfundenen Probleme alle den Erwartungen entsprechend zu realisieren. Werden die verschiedenen Ziele nicht gleichermaßen von etwaigen Sparmaßnahmen betroffen, so steigt die Wahrscheinlichkeit der Veränderung des Charakters des politischen Konflikts in Richtung auf einen als positionsbezogenen und umstritten wahrgenommenen Konflikt.

Die These von der Transformation der allgemein geteilten Zielvorstellungen in Zielvorstellungen, die als umstritten angesehen werden, gilt jedoch nur unter der Bedingung, daß sich in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen tatsächlich Prioritätsmuster ergeben, die sich auf systematische Weise unterscheiden. Die Ergebnisse unserer Analysen sprechen eher gegen diese Annahme. Mehrere Ziele werden in der Regel als gleich wichtig erachtet und unter diesen befinden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit immer auch solche Ziele, die, wie Preisstabilität und Alterssicherung, für den größten Teil der

Bevölkerung von hoher Bedeutung sind. Eine solche Mischung von Problemen wirkt der Tendenz entgegen, daß sich durch eine systematisch unterschiedliche Verteilung von Prioritätsvorstellungen neue, positionsbezogene Konfliktdimensionen auf Dauer ausbilden können.

In der Vorwahluntersuchung zur Bundestagswahl 1972 haben wir die Bedeutung ausgewählter, kaum umstrittener politischer Probleme mit Hilfe einer geschlossenen Frage ermittelt. Der Befragte sollte die Bedeutung, die ein bestimmtes politisches Problem für ihn persönlich hatte, auf einer Skala einstufen, die von 0 (gar keine Bedeutung) bis 10 (von größter Bedeutung) reichte. Das Meßverfahren wurde an anderer Stelle eingehend beschrieben (Klingemann, 1973). Akzeptiert man die Zahl derer, die zu einem bestimmten Problem keine Einstufung nach der Wichtigkeit vornahmen als Indikator für den Grad der Meinungsbildung (unter den Bedingungen einer vorformulierten Antwort), so fällt auf, daß der Grad der Meinungsbildung, bezogen auf die bestimmten Probleme, nach den Gemeindegrößenklassen kaum variiert. Zwar ist der Grad der Meinungsbildung in den Landgemeinden stets ein wenig geringer als in den Mittel- und Großstädten, doch fällt die Größenordnung dieses Unterschieds kaum ins Gewicht. Es ergeben sich auch kaum Unterschiede nach Gemeindegrößenklassen im Hinblick auf den durchschnittlichen Grad der Wichtigkeit bestimmter Probleme. »Sicherung der Preise« und »Alterssicherung« ragen in Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden gleichermaßen heraus; »Sicherung vor russischem Angriff« und »Besseres Verhältnis zur Sowjetunion« nehmen in allen Gemeindegrößenklassen den letzten Rang ein.

Man mag einwenden, daß die betrachteten politischen Probleme überwiegend nationale politische Probleme seien und wenig kommunalpolitische Relevanz aufweisen. Aber auch für ein Problem wie »Bessere Ausbildungsmöglichkeiten«, das noch am ehesten kommunalpolitischen Bezug besitzt, zeigt weder der Mittelwert noch die Standardabweichung einen Unterschied, der auf einen Gemeindegrößenklasseneffekt schließen ließe. Als Ergebnis der Diskussion bleibt festzuhalten:

1. Das politische Problemverständnis des Durchschnittswählers ist an wertbezogenen politischen Zielen, nicht an der differenzierten Abwägung von Ziel-Mittel-Verhältnissen orientiert.
2. Die von den Wählern artikulierten politischen Probleme werden nur zu einem geringen Teil bewußt als umstritten, positionsbezogen aufgefaßt. Sie werden vielmehr in der Regel als Ziele formuliert, die allgemein als wünschenswert erscheinen. Das gilt auch für die kommunale Ebene. Dies stützt die These von der Dominanz des »Harmoniemojells« in der politischen Kultur der Bundesrepublik (Kevenhörster, 1975).
3. Für politische Ziele, die als allgemein wünschenswert angesehen werden, ergeben sich bei einer Frage mit vorformulierten Antwortalternativen keine Stadt-Land-Unterschiede nach dem Grad der Meinungsbildung und der durchschnittlichen Bedeutung der ausgewählten politischen Probleme. Dies stützt die Annahme eines gesamtsystemar geprägten politischen Problembewußtseins.

Tabelle 1

**Grad der Meinungsbildung bei ausgewählten politischen Problemen,
aufgegliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)**

Art des politischen Problems	Gemeindegröße	Großstädte	Mittelstädte	Landgemeinden
		%	%	%
Sicherung der Preise		96	96	93
Alterssicherung		95	94	92
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten		94	95	91
Gutes Verhältnis zu den USA		93	93	90
Bessere Verhältnis zur Sowjetunion		92	94	89
Sauberkeit im Staat		91	94	90
Wiedervereinigung Deutschlands		89	91	88
Steuersenkung		89	90	87
Sicherung vor russischem Angriff		85	89	83
N		1757	1835	1404

Tabelle 2

**Die persönliche Bedeutung ausgewählter politischer Probleme,
aufgegliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)**

Art des politischen Problems	Gemeindegröße	Mittelwerte			Standardabweichung		
		G	M	L	G	M	L
Sicherung der Preise		8.7	9.0	8.6	2.6	2.3	2.8
Alterssicherung		8.2	8.4	8.1	2.9	2.6	2.9
Sauberkeit im Staat		7.5	7.8	7.6	3.2	2.8	3.0
Steuersenkung		6.6	6.7	7.0	3.5	3.3	3.4
Bessere Ausbildungsmöglichkeiten		6.6	6.7	6.7	3.4	3.3	3.3
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion		6.2	6.5	6.0	3.3	2.9	3.2
Gutes Verhältnis zu den USA		6.3	6.5	6.2	3.2	2.9	3.1
Wiedervereinigung Deutschlands		6.3	6.3	7.0	3.6	3.5	3.4
Sicherung vor russischem Angriff		5.6	5.8	5.9	3.8	3.6	3.7

3. Mechanismen der Verknüpfung von politischen Problemen und politischen Parteien

Notwendige Voraussetzung für die Bestimmung des Wahlverhaltens durch positions- und zielbezogene politische Probleme ist, daß der Wähler eine Beziehung zwischen den politischen Problemen und den politischen Parteien herstellen kann. Es ist eine offene Frage, welche Mechanismen diese Verknüpfung steuern. In der Literatur sind verschiedene Modelle diskutiert worden (Campbell et al., 1960; Pomper, 1972; Brody and Page 1972; Converse, 1974).

Einerseits wird die Rolle der Parteiidentifikation betont. Danach bestimmt die in der Herkunftsfamilie erworbene Orientierung gegenüber den politischen Parteien die Vorstellung, die sich der Wähler über die Art der Beziehungen zwischen den politischen Problemen und den politischen Parteien macht. Ist man durch den Sozialisationsprozeß einer bestimmten Partei verbunden, so werden ihr die Ziele und die Positionen in politischen Streitfragen zugeschrieben, die man selbst vertritt. Dies gilt auch dann, wenn die politische Realität dem nicht entspricht.

Andererseits wird das Bild des rationalen Wählers zugrundegelegt. Hier wird die Beziehung zwischen politischen Problemen und politischen Parteien durch das informierte und differenzierte Abwägen der Ziele und des Handelns der politischen Akteure durch den Wähler bestimmt. Hält man eine bestimmte Position oder ein bestimmtes Ziel für wichtig, so sucht man unter Ausnutzung aller verfügbarer Information nach den politischen Parteien und den Politikern, die den eigenen Standpunkt am ehesten vertreten.

Die skizzierten unterschiedlichen Ansätze sind idealtypisch; sie kennzeichnen nur die Endpunkte der Erklärungsdimension. »Issue voting and partisan identification are best conceived of as the opposite ends of a continuum. If so, it is useful to have an in between concept in which issues and identification can blend, albeit in very different ways and proportions« (Sartori, 1975). Sartori hält das Konzept des party image, des Vorstellungsbildes von den Parteien, für am besten geeignet, die Art der Verknüpfung von politischen Problemen und politischen Parteien zu erklären. Wir teilen diese Ansicht, weil das Konzept des party image neben der individuellen, die gesellschaftliche Erfahrung mit den politischen Parteien betont. Bei unserem eigenen Erklärungsansatz gehen wir ebenfalls davon aus, daß der Wähler unter den gegebenen Parteien diejenige vorzieht, von der er annimmt, daß sie die für ihn wichtigen politischen Ziele und Positionen am effektivsten vertritt. Dabei gilt die These, daß die Art der Beziehung zwischen den politischen Problemen und den politischen Parteien zunächst aus dem Vorstellungsbild über die Parteien abgeleitet wird. Die einzelnen Elemente dieser Vorstellungsbilder dienen dabei als Mechanismen zur Reduktion und Bewertung der vorhandenen Vielfalt an Information. Sie ermöglichen dem Individuum eine ökonomische Orientierung im parteipolitischen Raum. Die spezifischen Muster der Vorstellungsbilder spiegeln, so unsere These, die gesellschaftliche Erfahrung mit dem Handeln der politischen Parteien und ihrer Politiker. Das Vorstellungsbild wird also als Bestandteil der politischen Kultur begriffen. Ändert sich die Erfahrung der Gesellschaft mit den

politischen Parteien, so ändern sich auch die Elemente der Vorstellungsbilder. Der Wähler findet dann neue Orientierungshilfen für die Definition der Situation vor.

Die Maßstäbe, die der Wähler anlegt, um die für ihn wichtigen Image-Komponenten auszuwählen und zu bewerten, sind unterschiedlich (Hartmann, 1975). Generell nehmen wir jedoch an, daß der Grad der Übereinstimmung von den aus dem Image abgeleiteten Erwartungen und den sichtbaren Konsequenzen des politischen Handelns der Parteien, den Grad der affektiven Orientierung des Wählers gegenüber den politischen Parteien bestimmt. Je häufiger eine Partei die Erwartung eines Wählers im Hinblick auf die für ihn wichtigen politischen Probleme erfüllt, um so höher der Grad der Verbundenheit mit dieser Partei. Das Modell geht von einer Kumulation dieser Erfahrungen mit den politischen Akteuren aus und läßt Parteiidentifikation als die affektive Komponente des Erfahrungsprozesses erscheinen.

Der Grad der affektiven Orientierung beeinflusst seinerseits die Bewertung von Veränderungen in den Partei-Images. Hat ein Wähler über lange Zeit positive Erfahrungen mit der Problemlösungskompetenz einer Partei auf einem bestimmten Gebiet gemacht, so wird er in der Regel bereit sein, negative Erfahrungen eine Zeitlang hinzunehmen, als zufällige Abweichungen betrachten, und Änderungen des Vorstellungsbildes erst nach permanent schlechter Erfahrung akzeptieren.

Das vorgestellte Modell betont also einerseits die Funktion des sozial bereitgestellten Wissens über die Parteien und ihre Politiker (Nowotny und Schmutzer, 1974). Andererseits bezieht es auf der individuellen Ebene die Wertmaßstäbe und den Einfluß der affektiven Orientierung des Wählers gegenüber den Parteien in den Erklärungsprozeß mit ein.

Nach dieser theoretischen Orientierung sind Unterschiede der Parteimages nach Systemebenen nur dann zu erwarten, wenn mit der Systemebene gleichzeitig eine eigenständige politische Subkultur abgegrenzt wird, die ein unterschiedliches Vorstellungsbild unterstützen kann. Eine solche Annahme ist in der Bundesrepublik für das verwaltungstechnisch definierte kommunale System unrealistisch. Dagegen sprechen die vielfältigen Abhängigkeiten der lokalen Parteiorganisation von der nationalen Ebene und das entwickelte System der Massenkommunikation. Das heißt jedoch nicht, daß die Art der Vorstellungsbilder regional invariant sein muß. Wir würden solche Variationen indes auf die unterschiedliche regionale Verteilung von Merkmalen, wie politisches Interesse, politische Information oder Motivation zu politischer Partizipation zurückführen.

4. Politische Probleme als Komponente der Images von CDU/CSU und SPD

Man kann davon ausgehen, daß den Wahlberechtigten in der Bundesrepublik die Namen der beiden großen Parteien geläufig sind. Es ist weniger klar, welche Vorstellungen die Bürger mit der CDU/CSU oder der SPD verbinden. Wenn man die These ver-

tritt, daß Wahlverhalten durch die Einstellung zu politischen Problemen und der Bewertung des Problemlösungsverhaltens den politischen Parteien wesentlich bestimmt wird, dann sollten sich in den Vorstellungsbildern über die Parteien Elemente finden lassen, die auf diesen Sachverhalt hinweisen. Es sollte auch erkennbar werden, in welchem Maße die Parteien als Vertreter konfligierender Positionen wahrgenommen werden, und in welchem Maße es um ihre Fähigkeit geht, solche Probleme zu lösen, die in der Sache nicht umstritten sind. Die Vorstellungen des Wählers über die politischen Parteien sind auf verschiedene Weise untersucht worden. In den für deutsche Parteien bisher vorliegenden Studien herrscht die folgende Vorgehensweise vor: den Befragten werden bestimmte Behauptungen über die Parteien vorgelegt, und sie sollen dann entscheiden, wie sehr diese Aussagen zu der einen oder der anderen Partei passen. Ein Beispiel dafür ist die Zuordnung von Eigenschaftspaaren nach der Technik des semantischen Differentials, die sich insbesondere in der praxisorientierten Sozialforschung großer Beliebtheit erfreut (Eberlein, 1968), ein anderes Beispiel ist die Zuordnung sozialer Gruppen (Noetzel und Rabeneick, 1974), ein weiteres die Zuordnung von Problemkompetenz (Klingemann, 1973). Allen diesen Untersuchungen gemeinsam ist die Verwendung geschlossener Fragen. Die Aussagen über die Parteien werden vom Forscher ausgewählt und abgefragt, und in der Regel wird von den Befragten auch eine Antwort versucht. Die Verwendung geschlossener Fragen hat den Vorteil der Standardisierung, die jeweils vorgelegten Aussagen können zwischen den Befragten leicht verglichen werden. Der mögliche Nachteil dieses Verfahrens besteht darin, daß die Auswahl der Aussagen dem Bezugsrahmen der Befragten nicht gerecht wird.

In den wichtigsten amerikanischen Studien über Partei-Images hat man eine solche Einschränkung des Bezugsrahmens durch eine Vorauswahl von Aussagen zunächst nicht vorgenommen. Es wurde weitgehend mit offenen Fragen gearbeitet. Dabei wird der Befragte aufgefordert, mit seinen eigenen Worten, also ohne Vorgabe von Antwortalternativen, zu den positiven und negativen Aspekten der Demokraten und Republikaner Stellung zu nehmen. Die Analyse der Antworten hat wesentlich zum Verständnis der Vorstellungen von den amerikanischen Parteien beigetragen (Campbell et al., 1954; Campbell et al., 1960; Stokes, 1958; Matthews and Prothro, 1966 a, 1966 b). Für die Bundesrepublik sind bisher noch keine Ergebnisse veröffentlicht worden, die ausweisen, welche Merkmale der Parteien den Wählern spontan verfügbar und als Bewertungsmaßstab wichtig sind (Converse, 1964).

In der nachfolgenden Analyse werden wir die issuebezogenen Elemente der Vorstellungen über CDU/CSU und SPD unter Verwendung von Daten diskutieren, die mit geschlossenen und mit offenen Fragen ermittelt wurden. Die Daten wurden anlässlich der Bundestagswahl 1972 erhoben; sie beziehen sich also nicht explizit auf Kommunalwahlen. Wir werden jedoch, wie bereits angeführt, die Ergebnisse getrennt nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden darstellen. Damit wird ein Merkmal der Gemeinden variiert, das den Grad der Ausdifferenzierung des politischen Systems dieser Gemeinden wesentlich mitbestimmt.

4.1 Spontan verfügbare, auf politische Probleme bezogene Elemente in den Images der CDU/CSU und SPD

Ob und bis zu welchem Grade der Bürger politische Parteien spontan mit politischen Problemen und deren Lösung in Verbindung bringt, ist eine offene Frage. Um sie zu beantworten, wurden die Befragten unserer Umfrage vor der Bundestagswahl 1972 aufgefordert, sich allgemein zu den positiven und negativen Aspekten von CDU/CSU und SPD zu äußern. Das Meßinstrument war dabei an den Untersuchungen der Forschergruppe um A. Campbell orientiert und wie folgt formuliert:

»Nun würde mich interessieren, was Ihrer Ansicht nach die guten und die schlechten Seiten der folgenden Parteien, CDU/CSU, SPD, sind.

Was gefällt Ihnen an der . . . ?

Und was gefällt Ihnen nicht an der . . . ?«

Die Interviewer waren angewiesen, ausführlich nachzufragen und sorgfältig zu protokollieren. Zur Vercodung der Antworten wurde, soweit es sich um Auswertungen auf nationaler Ebene handelt, ein computerunterstütztes Verfahren der Inhaltsanalyse verwendet (Höhe et al., 1973). Für die Darstellung der Unterschiede nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden wurden je 50 Interviews zufällig ausgewählt und nach den gleichen Kategorien auf konventionelle Weise verschlüsselt.

Obwohl die Parteinamen allgemein bekannt sind, können sich nicht alle Bürger zu den positiven oder negativen Aspekten der beiden Parteien äußern. Jeweils 13 Prozent der Befragten wußten im Hinblick auf die SPD und die CDU/CSU nichts zu sagen. Geht man davon aus, daß die Befragung kurz vor einer Bundestagswahl stattfand, in einer Zeit erhöhter politischer Aktivität also, so muß man bei dieser Bevölkerungsgruppe weitgehendes politisches Desinteresse annehmen. Eine Verknüpfung von politischen Problemen und politischen Parteien findet nicht statt.

Mit diffuser, affektiv betonter Zustimmung oder Ablehnung reagierten weitere 7 Prozent im Falle der SPD und weitere 17 Prozent im Falle der CDU/CSU. Die Antwort einer 74-jährigen Arbeiterfrau aus Rheinland-Pfalz ist typisch für diese wenig informierte »Schwarz-weiß-Sicht« der Parteien:

CDU/CSU positiv:	»Es gefällt mir alles. Die CDU ist eine gute Partei.
CDU/CSU negativ:	Ich habe nichts zu bemängeln.
SPD positiv:	Nichts gefällt mir an der SPD.
SPD negativ:	Die Partei gefällt mir im ganzen nicht.«

Stellt man auf die Vorstellungen ab, die der Wählerschaft über die Parteien unmittelbar verfügbar sind, so ist auch bei dieser Bevölkerungsgruppe eine Beeinflussung der Wahlentscheidung durch Problemorientierung auszuschließen. Das gilt, nach diesen Ergebnissen, für die CDU/CSU in stärkerem Maße als für die SPD.

Faßt man die Befragten zusammen, die sich zu den Parteien entweder überhaupt nicht oder nur in diffus-affektiver Weise äußern, so ergibt sich, daß (1) 20 Prozent der

Wählerschaft spontan keine inhaltlichen Vorstellungen von der SPD hatte, und daß (2) 30 Prozent der Wählerschaft keine positiven oder negativen Eigenschaften der CDU/CSU zu nennen wußte.

Die allgemeinen Größenordnungen bleiben in den drei von uns unterschiedenen Gemeindegrößenklassen weitgehend erhalten. Am ausgeprägtesten war der Unterschied zwischen dem Anteil der Wähler, die sich zur CDU/CSU nicht äußern konnten, und dem, der keine positiven oder negativen Züge der SPD nennen konnte, in den Landgemeinden (SPD 18 %, CDU/CSU 38 %) und in den Großstädten (SPD 12 %, CDU/CSU 30 %), am wenigsten ausgeprägt war er in den Mittelstädten (SPD 24 %, CDU/CSU 26 %). Im Falle der SPD gaben auf nationaler Ebene im Durchschnitt also 80 Prozent, im Falle der CDU/CSU 70 Prozent eine Antwort, in der spontan mindestens ein spezifisches Argument für oder gegen die Parteien angeführt wurde. Dabei wurden die Vorstellungen über die SPD mit durchschnittlich 2.3, die Vorstellungen über die CDU/CSU mit durchschnittlich 1.9 Vorstellungselementen gekennzeichnet. Eine eingehende qualitative Analyse der Antworten, in denen Bezug auf spezifische Vorstellungselemente genommen wurde, ergab, daß diese Elemente durch die folgenden Kategorien gekennzeichnet werden können:

- 1 Ideologische Vorstellungselemente,
- 2 Gruppenbezogene Vorstellungselemente,
- 3 Innenpolitische Vorstellungselemente,
- 4 Außenpolitische Vorstellungselemente,
- 5 Allgemeine, kompetenzbezogene Vorstellungselemente,
- 6 Politikerbezogene Vorstellungselemente.

Das Ergebnis der qualitativen Analyse bestätigt, daß die Typologie, die in den amerikanischen Studien erarbeitet wurde, auch auf die Vorstellungsbilder deutscher Parteien angewendet werden kann.

Die Verteilung der Vorstellungselemente zeigt, bezogen auf die Befragten und bezogen auf die Zahl der insgesamt genannten Vorstellungselemente, daß die innen-, außenpolitischen und die kompetenzbezogenen Argumente überwiegen. Wir werden an Hand von Beispielen zeigen, daß diese Klasse der Vorstellungen dem Typ der wertbezogenen Probleme entspricht, die Eingang in unsere geschlossene Fragestellung gefunden hatten und die wir noch ausführlich diskutieren werden.

Zunächst werden wir darstellen, (1) wie sich die Arten der Vorstellungselemente auf CDU/CSU und SPD verteilen, (2) was sich bei differenzierterer Betrachtungsweise hinter den globalen Kategorien verbirgt und (3) ob bestimmte Vorstellungselemente im Zusammenhang mit einem positiven oder negativen Argument über die Parteien gebraucht wurden. Dabei werden wir eine Reihe von Antworten der Befragten wörtlich anführen, weil wir glauben, daß dadurch ein besseres Verständnis für die typische Argumentationsweise der Wähler erreicht wird. Die Antworten sind nicht zufällig ausgewählt; sie sollen vielmehr einen bestimmten Antworttyp besonders gut treffen.

Tabelle 3

Verteilung der Vorstellungselemente über Parteien in der Wählerschaft und Anteil der Arten der Vorstellungselemente an der Gesamtzahl der genannten Vorstellungselemente

Art der Vorstellungselemente	Anteil der Befragten, die ein Vorstellungselement der genannten Art äußerten, im Zusammenhang mit der:		Anteil der Vorstellungselemente der genannten Art an den gesamten Vorstellungselementen. Geäußert im Zusammenhang mit der:	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
	%	%	%	%
Ideologisch	19	25	9	9
Gruppenbezogen	13	21	13	10
Innenpolitisch	23	36	17	24
Außenpolitisch	13	44	9	24
Kompetenzbezogen	38	37	30	20
Politikerbezogen	23	21	22	13
Unspezifisch	17	7	—	—
Kein Vorstellungselement genannt	13	13	—	—
N	1588		2748	3926

Ein typisches Beispiel für die Verwendung *ideologischer Vorstellungselemente* ist die Antwort einer 58jährigen leitenden Angestellten aus Niedersachsen, protestantisch:

CDU/CSU positiv: *»Daß sie nicht zu links stehen.«*

CDU/CSU negativ: *»Zu konservativ und klerikal. Keine Alternative zur jetzigen Regierung. Keine führende Persönlichkeit wie Adenauer. Dem Katholizismus zu nahe.«*

SPD negativ: *»Versäumte Reformen aufgeholt. Ostpolitik.«*

SPD positiv: *»Jusos zu links. Zu wenig Distanz dazu.«*

Ein 40jähriger Beamter des mittleren Dienstes, Protestant und aus Schleswig-Holstein, meinte:

CDU/CSU positiv: *»Vertreten die politische Macht durch Kapital, Wirtschaft und Industrie.«*

CDU/CSU negativ: *»Rücksichtsloser Einsatz von Kapital zur politischen Machtbildung. Ablehnung der demokratischen Mitbestimmungen in den Betrieben. Konservative Einstellung über Bildungschancen aller. Mangelnde Bereitschaft zur Verständigung und Anerkennung von sozialistischen Staaten. Einseitige außenpolitische Kettung.«*

- SPD positiv: *»Gleichberechtigung aufgrund sozialer Verhältnisse und Geschlecht. Größere Demokratisierung. Gesamte Sozialpolitik. Politisch zukunftsweisender und moderner. Größere Verständigungsbereitschaft mit allen Staaten.«*
- SPD negativ: *»Schwerfällige Entscheidungsbereitschaft in ihrer Politik. Mangelnde Konsequenz in der Einhaltung ihrer Programme. Mangelnde Abwehrbereitschaft gegenüber politischen Angriffen.«*

Ideologische Elemente sind in den Vorstellungsbildern beider Parteien jedoch relativ selten. Bezogen auf die Gesamtzahl der spezifischen Vorstellungselemente der jeweiligen Partei betrug ihr Anteil 9.6 Prozent im Falle der SPD und 8.5 Prozent im Falle der CDU/CSU. Während der Anteil ideologischer Vorstellungselemente bei der SPD mit steigender Gemeindegroße zunahm, blieb der Anteil beim CDU/CSU-Image konstant.

Gliedert man die ideologischen Elemente nach Bedeutungsfeldern weiter auf, so ergibt sich, daß die CDU/CSU vor allem durch konservative Begriffe gekennzeichnet ist. Begriffe, die den Bedeutungsfeldern »links« und »progressiv« zugeordnet werden können, sind charakteristisch für die SPD. Sie werden, wenn auch in weit geringerem Maße, jedoch auch im Zusammenhang mit der CDU/CSU gebraucht. Dies ist dann der Fall, wenn zum Beispiel vom »linken Flügel« der CDU/CSU die Rede ist oder davon, daß die CDU/CSU gegen linke Tendenzen vorgeht. Bemerkenswert ist, daß Begriffe wie »Mitte« oder »liberal« nur sehr geringfügig Verwendung fanden, wenn es darum ging, die CDU/CSU oder die SPD spontan zu bewerten.

Insgesamt wurden ideologische Elemente eher dann gebraucht, wenn die Parteien negativ beschrieben wurden. Das gilt vor allem für die Begriffe, die den Bedeutungsfeldern »links« und »konservativ« zuzuordnen sind. Einen positiven Anknüpfungspunkt von Gewicht bietet nur der Bedeutungsbereich »progressiv«, den Wörter wie »Reform«, »modern« usw. kennzeichnen. Da »progressiv« vor allem ein Vorstellungselement des SPD-Images ist, ist im ideologischen Bereich keine Image-Komponente verfügbar, die spontan auf positive Weise mit der CDU/CSU verknüpft wird.

Die folgenden Beispiele charakterisieren den Bezug auf *gruppenbezogene Vorstellungselemente*. Eine ungelernete Arbeiterin, 54 Jahre, protestantisch, aus Niedersachsen, sagte:

- CDU/CSU positiv: *»Nichts.«*
- CDU/CSU negativ: *»Es ist eine Partei der Geldleute.«*
- SPD positiv: *»Sie hält zu den Arbeitern.«*
- SPD negativ: *»Sie macht alles richtig.«*

Tabelle 4

Ideologische Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD

Art des ideologischen Elements	Anteil an allen ideologischen Elementen im CDU/CSU-Image	Als positives Argument verwendet	Anteil an allen ideologischen Elementen im SPD-Image	Als positives Argument verwendet
	%	%	%	%
Konservativ	55	17	9	41
Progressiv	14	52	40	85
Links	14	67	40	7
Mitte	9	68	5	74
Totalitär	8	28	6	4
N	234 = 9 %		378 = 10 %	

Eine 37-jährige Bäuerin, katholisch, aus Bayern, meinte:

CDU/CSU positiv: *»Jetzt hat man wieder Hoffnung auf die CSU, weil doch in den letzten Jahren für den Bauern gar nichts gemacht wurde. Die CSU hat bessere Männer.«*

CDU/CSU negativ: *»Daß sie sich in ihrer Regierungszeit zu wenig durchgesetzt haben.«*

SPD positiv: *»Zur Zeit aber gar nichts mehr.«*

SPD negativ: *»Die ganze Politik war nichts. Die ganze Wirtschaftspolitik. Sie haben den mittleren Bauernhof fast kaputt gemacht.«*

Und ein 76-jähriger Bauer, katholisch, aus Rheinland-Pfalz, gab zu Protokoll:

CDU/CSU positiv: *»Weil sie christlich sind.«*

CDU/CSU negativ: *»Eine Regierung mit der SPD.«*

SPD positiv: *»Sie sind unchristlich, und das ist nicht gut.«*

SPD negativ: *»Ihre ganze Politik der Versprechungen und Zusagen an den Osten.«*

Eine 61jährige Hausfrau aus einem katholischen Arbeiterhaushalt in Nordrhein-Westfalen antwortete:

CDU/CSU positiv: »Haben nach dem Krieg den Wohlstand gebracht. Tüchtige Männer. Stehen der katholischen Kirche nahe.«

CDU/CSU negativ: »Fällt mir nichts ein.«

SPD positiv: »Gar nichts.«

SPD negativ: »Wollen alle enteignen. Haben die Ostgebiete abgegeben.«

In diesen Antworten klingen die wesentlichen Bezugspunkte an: Arbeiter, Geldleute, Bauern, die christliche Kirche und die Katholiken. In geringerer Zahl kommen noch dazu die Alten und die jungen Leute.

Die gruppenbezogenen Vorstellungselemente sind, wie die ideologischen Vorstellungselemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD keineswegs dominant. Sie machen im Falle der CDU/CSU 13.1 Prozent, im Falle der SPD 9.9 Prozent der gesamten Vorstellungselemente aus. Bei der Aufgliederung nach Gemeindegrößenklassen fällt der relativ hohe Anteil des Gruppenbezugs im Falle der CDU/CSU in den Großstädten auf, der sich vor allem auf die Verknüpfung der Partei mit dem christlichen und katholischen Bevölkerungsteil zurückführen läßt. Bis auf diese Ausnahme ergeben sich kaum unterschiedliche Verteilungen nach Gemeindegrößenklassen.

Tabelle 5

Gruppenbezogene Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD

Art des gruppenbezogenen Elements	Anteil an allen gruppenbezogenen Elementen im CDU/CSU-Image		Anteil an allen gruppenbezogenen Elementen im SPD-Image	
	%	Als positives Argument verwendet	%	Als positives Argument verwendet
Kirchen	31	49	2	11
Unterschicht	25	28	72	83
Oberschicht	24	38	2	25
Alte	11	88	10	85
Mittelschicht	7	75	6	48
Junge	2	45	7	88
N	361 = 13 %		391 = 10 %	

Auch im gruppenbezogenen Bereich wird eine günstige Position der SPD unmittelbar sichtbar. Sie ist die »Arbeiterpartei«, und wenn dieser Bezug gewählt wird, dann ist das Argument in über 80 Prozent der Fälle positiv.

Bei der CDU/CSU fehlt ein derartig dominanter Gruppenbezug mit überwiegend positiven Implikationen. Die christliche, katholische Komponente ist mit 31 Prozent aller im CDU/CSU-Image enthaltenen gruppenbezogenen Elemente noch am stärksten vertreten. Wird der Bezug der konfessionell definierten Gruppe als Bewertungsmaßstab für die CDU/CSU gewählt, so halten sich positive und negative Argumente die Waage. Wird ein Oberschicht- oder Unterschichtbezug gewählt, so sind die Chancen einer negativen Verknüpfung größer. Die Berufsgruppen der Mittelschicht, junge und alte Leute, werden überwiegend als positive Elemente im Vorstellungsbild der CDU/CSU gesehen. Sie machen jedoch nur ein Fünftel der gruppenbezogenen Vorstellungselemente aus.

Der Bezug auf Innen- und Außenpolitik und auf allgemeine kompetenzbezogene Vorstellungselemente ist die beherrschende Image-Komponente sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der SPD. 67,4 Prozent der Vorstellungselemente des SPD-Images sind diesem Typ der Vorstellungselemente zuzurechnen. Ihr Anteil steigt mit sinkender Gemeindegröße leicht an. Der *innenpolitische Aspekt* wird durch die folgenden Beispiele illustriert. So meinte eine 69jährige protestantische Hausfrau aus Nordrhein-Westfalen:

- CDU/CSU positiv: *»Nach dem Kriege, als die CDU mit Adenauer an die Macht kam, ging es uns gut, und die CDU wird dafür sorgen, daß es so bleibt.«*
- CDU/CSU negativ: *»Ich kann nur Gutes über die CDU sagen.«*
- SPD positiv: *»Nichts.«*
- SPD negativ: *»Die SPD hat mit ihrer Politik die Wirtschaft an den Ruin gebracht, daß sogar der Schiller aus der Partei ausgetreten ist.«*

Eine 67jährige katholische Witwe aus Niedersachsen sagte:

- CDU/CSU positiv: *»Christliche Partei.«*
- CDU/CSU negativ: *»Als CDU an der Macht war, gab es keine Rentenerhöhung vier Jahre lang. Daß als Witwe Krankenkasse bezahlt werden mußte.«*
- SPD positiv: *»Hat Krankenkassenzahlung für Witwen abgeschafft. Renten-anpassung jedes Jahr. Entspannungspolitik ist gut, weil dadurch Besuch im Osten möglich ist.«*
- SPD negativ: *»Innere Unstimmigkeiten. Überwecheln einiger Abgeordneter zur CDU.«*

Ein 31-jähriger ausführender Angestellter, katholisch, aus Bayern, antwortete:

CDU/CSU positiv: »Wenn die CDU/CSU ans Ruder kommt, tritt sie ein schweres Erbe an. Ob es ihr gelingt, die Ordnung nach innen und nach außen wiederherzustellen, ist nicht ohne weiteres zu bejahen.«

CDU/CSU negativ: »Wenn sie ihre Wahlversprechen halten will, muß sie sich sehr anstrengen, die schleichende Inflation zu dämmen.«

SPD positiv: »Nichts.«

SPD negativ: »Die SPD hat es nicht geschafft, die Stabilität der Währung zu sichern. Die Bekämpfung des Terrors, der Kriminalität, die Unsicherheit auf den Straßen, läßt viel zu wünschen übrig. Durch die Weigerung in der Korruptionsaffaire sich zu äußern, hat sich Brandt unglaubwürdig gemacht.«

Wirtschaftliche Stabilität, ausgedrückt als stabile Preise und gesicherter Lohn, Sozialpolitik und Ruhe und Ordnung sind die wesentlichen innenpolitischen Elemente der Parteiimages. Im Gegensatz zum ideologischen und gruppenbezogenen Bereich des Vorstellungsbildes von der CDU/CSU, bietet der innenpolitische Bereich überwiegend positive Anknüpfungspunkte. Das gilt insbesondere für die gewichtigen Vorstellungen im Hinblick auf Wirtschaftspolitik, Lohn- und Preispolitik und Sozialpolitik. Mit Ausnahme von Sozialpolitik, Bildungspolitik und Gesellschaftspolitik sind diese Vorstel-

Tabelle 6

Innenpolitische Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD

Art des innenpolitischen Elements	Anteil an allen innenpolitischen Elementen im CDU/CSU-Image	Als positives Argument verwendet	Anteil an allen innenpolitischen Elementen im SPD-Image	Als positives Argument verwendet
	%	%	%	%
Wirtschaftspolitik	32	85	18	32
Bildungspolitik	5	36	7	67
Löhne und Preise	20	72	25	13
Gesellschaftspolitik	5	63	10	63
Sicherheitspolitik	9	98	9	15
Innenpolitik allg.	4	95	6	36
N	474 = 17 %		926 = 24 %	

lungselemente negativ besetzt, wenn es um die SPD geht. Hier war die Situation etwa 1969 für die SPD noch wesentlich günstiger; in den Zahlen für das Jahr 1972 spiegelt sich ein Kompetenzverfall der SPD auf innenpolitischem Gebiet, den wir an anderer Stelle schon kommentiert haben (Klingemann, 1973). Diese Tendenz ist in den Landgemeinden nur in abgeschwächter Form festzustellen; sie ist in Großstädten und Mittelstädten sehr ausgeprägt.

Eine wesentliche Differenz der *Vorstellungsbilder* von CDU/CSU und SPD zeigt sich im *außenpolitischen Bereich*. Der Unterschied wird hervorgerufen durch die einseitige Verknüpfung der Ost- und Deutschlandpolitik mit der SPD. So sagte etwa eine 65jährige Hausfrau, katholisch, aus Rheinland-Pfalz:

CDU/CSU positiv: »Die CDU ist durchgreifend.«

CDU/CSU negativ: »Es gefällt mir nicht, daß man sich gegen die Ostpolitik stellt und damit den Weltfrieden und die Völkerverständigung gefährdet.«

SPD positiv: »Man versuchte, eine klare Linie zu schaffen. Bundeskanzler Brandt hat versucht, uns mit dem Osten näherzubringen. Man muß das anerkennen. Er wollte eine Völkerverständigung herbeiführen.«

SPD negativ: »Die Steuererhöhungen. Die Kriminalität in der Bundesrepublik.«

Sonst waren die außenpolitischen Elemente wenig spezifisch. Sie entsprachen etwa der Meinung eines 31jährigen mittleren Angestellten, protestantisch, aus Bayern:

CDU/CSU positiv: »Die gute Innenpolitik.«

CDU/CSU negativ: »Die sehr schlechte Außenpolitik und die schlechte Sozialpolitik.«

SPD positiv: »Die gute Außenpolitik und das Bemühen um eine sichere Währung.«

SPD negativ: »Helmut Schmidt als Wirtschaftsminister und Finanzminister.«

Zwischen Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden ergaben sich gegenüber dem Ergebnis im Bund keine Unterschiede. Das gilt sowohl für den relativen Anteil der außenpolitischen Vorstellungselemente als auch für ihre Bewertung.

Die letzte Gruppe der *auf die politische Kompetenz der Parteien bezogenen Vorstellungselemente* ist wenig spezifisch. Neben Aspekten des generellen Leistungsvermögens als Regierung oder Opposition treten hier auch Aspekte der Parteiorganisation und Fragen des politischen Stils.

So sagte eine 56jährige Frau eines Facharbeiters, katholisch, aus Bayern:

CDU/CSU positiv: »Sie ist mir lieber als die SPD, weil sie alles ruhiger und überlegter macht und auch die besseren Führungsköpfe hat.«

Tabelle 7

Außenpolitische Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD

Art des außenpolitischen Elements	Anteil an allen außenpolitischen Elementen im CDU/CSU-Image	Als positives Argument verwendet	Anteil an allen außenpolitischen Elementen im SPD-Image	Als positives Argument verwendet
	%	%	%	%
Ost- und Deutschlandpolitik	65	22	79	79
Außenpolitik	35	56	21	83
N	248 = 9 %		927 = 24 %	

CDU/CSU negativ: *»Keine Angabe.«*

SPD positiv: *»Die Energie, mit der alle Fragen angegangen werden.«*

SPD negativ: *»Daß sie viel mehr den Wählern verspricht, als sie jemals halten kann.«*

Ein 26jähriger qualifizierter Angestellter aus Hessen, katholisch, meinte:

CDU/CSU positiv: *»Korrektiv zur Regierung. Bremsung der Überhitzung.«*

CDU/CSU negativ: *»Politik nicht für die Wähler.«*

SPD positiv: *»Ansätze zu Reformen.«*

SPD negativ: *»Innerparteiliche Zersplitterung. Mangelnde Regierungserfahrung.«*

Eine 47jährige ausführende Angestellte, protestantisch, aus Niedersachsen, antwortete:

CDU/CSU positiv: *»Die schimpfen gegenseitig. Da weiß ich nicht, was man dazu sagen soll. Jetzt versuchen sie ja, vieles abzufangen und zu retten.«*

CDU/CSU negativ: *»Das gegenseitige Beschimpfen im Fernsehen. Das ist doch furchtbar. Das dürfte nicht sein.«*

SPD positiv: *»Auch nichts. Gar nichts.«*

SPD negativ: *»Die Preissteigerungen, die müßten vermieden werden.«*

Der Anteil solcher Image-Elemente ist bei der CDU/CSU deutlich größer als bei der SPD. Er beträgt 30 Prozent im Falle der CDU/CSU und 20.2 Prozent bei der SPD.

Auch hier ergeben sich nur geringfügige Unterschiede nach den Gemeindegrößenklassen. Der Anteil, der auf die allgemeine Kompetenz bezogenen Vorstellungselemente ist in den Großstädten etwas geringer als in den Mittelstädten und Landgemeinden. Wurden Vorstellungselemente dieses Typs verwendet, so implizierte dies bei beiden Parteien in der Mehrzahl der Fälle ein negatives Argument.

Tabelle 8

Kompetenz- und parteibezogene Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD

Art des kompetenz- oder parteibezogenen Elements	Anteil an allen kompetenz- oder parteibezogenen Elementen im CDU/CSU-Image		Anteil an allen kompetenz- oder parteibezogenen Elementen im SPD-Image	
	%	Als positives Argument verwendet	%	Als positives Argument verwendet
Allgemeine Kompetenz von Regierung oder Opposition	51	45	46	56
Wahlkampfpraktiken, Korruption	25	24	18	17
Parteiorganisation	24	50	36	33
N	825 = 30 %		793 = 20 %	

Die letzte Gruppe der hier unterschiedenen Vorstellungselemente bezieht sich auf Politiker. Die *politikerbezogene Komponente* ist im Vorstellungsbild der CDU/CSU stärker vertreten als im Vorstellungsbild über die SPD.

Eine typische Antwort, welche die politikerbezogenen Elemente anspricht, kommt von einem 32jährigen qualifizierten Angestellten, katholisch, aus Bayern:

CDU/CSU positiv: »Der Vorsitzende in Bayern, Franz Joseph Strauß.«

CDU/CSU negativ: »Der Rainer Barzel gefällt mir nicht so recht.«

SPD positiv: »Carlo Schmid war noch einigermaßen in Ordnung.«

SPD negativ: »Vor allem der Kanzler Brandt.«

Andere Antworten beziehen sich weniger auf namentliche Nennungen von Politikern, sondern auf allgemeine Kommentare über die Qualität des Führungspersonals.

Der Anteil politikerbezogener Vorstellungselemente betrug für das CDU/CSU-Image 22 Prozent, für das SPD-Image 13 Prozent. Dieser Anteil ist, was die CDU/CSU anbetrifft, in den Landgemeinden etwas geringer als in den Großstädten und Mittelstädten. Die spontane Nennung von Politikern und generell Führungspersonal war bis auf den SPD-Kanzlerkandidaten eher in negativen Argumenten zu finden. Besonders deutlich ist dies im Falle des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten zu erkennen: wurde Barzel als Bezugspunkt gewählt, so war das Argument in 89 Prozent der Fälle negativ.

Tabelle 9

Politikerbezogene Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD

Art des politikerbezogenen Elements	Anteil an allen politikerbezogenen Elementen im CDU/CSU-Image		Anteil an allen politikerbezogenen Elementen im SPD-Image	
	%	Als positives Argument verwendet	%	Als positives Argument verwendet
CDU/CSU- bzw. SPD-Kanzlerkandidat	29	11	39	59
Sonstige politikerbezogene Elemente	71	44	61	31
N	606 = 22 %		511 = 13 %	

Nach der Beschreibung der spontan verfügbaren Elemente der Vorstellungsbilder von CDU/CSU und SPD können zusammenfassend die folgenden Ergebnisse festgehalten werden:

1. 20 Prozent der Wählerschaft verbindet 1972 keine spezifisch politische Vorstellung mit der SPD. Der entsprechende Prozentsatz liegt im Falle der CDU/CSU bei 30 Prozent. Dies kann zurückgeführt werden (a) auf das mangelnde politische Interesse an Politik und (b) auf die mangelnde Fähigkeit der politischen Parteien, ihre Standorte deutlich zu machen.

Die unterschiedliche Sichtbarkeit von CDU/CSU und SPD spiegelt sowohl den natürlichen Vorteil der Regierungspartei in der Berichterstattung der Massenmedien,

als auch die klareren Positionen — zum Beispiel in der Ost- und Deutschlandpolitik — die die SPD zu diesem Zeitpunkt gezeigt hat. Der Unterschied ist am ausgeprägtesten in Großstädten und Landgemeinden festzustellen; in den Mittelstädten ist er nur geringfügig vorhanden.

Nach diesem Ergebnis würden wir davon ausgehen, daß auch bei Kommunalwahlen mit etwa 25 Prozent der Wählerschaft zu rechnen ist, die ein nur wenig informiertes und differenziertes Bild von den Parteien besitzt. Wir würden weiterhin davon ausgehen, daß die Partei, die die jeweiligen Amtsinhaber stellt, bei gleicher Aktivität einen höheren Grad an Sichtbarkeit besitzt.

2. In den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD dominieren Elemente mit meist aktuellem Politikbezug. Ideologische oder gruppenbezogene Elemente treten demgegenüber in den Hintergrund. Der Befund besagt, daß die Parteien eher mit Zielen verknüpft werden, die in der Wählerschaft weitgehend geteilt werden, als mit solchen, die einen auf Ideologie oder Gruppen bezogenen Konflikt implizieren.

Die SPD bietet in ihrem Image positivere Anknüpfungspunkte im außenpolitischen, ideologischen und gruppenbezogenen Bereich an. Die CDU/CSU hatte dagegen 1972 deutliche Vorteile im innenpolitischen und allgemein kompetenzbezogenen Bereich.

Nach Gemeindegrößenklassen ergaben sich wenig interpretierbare Unterschiede, die von den im Bundesgebiet allgemein beobachteten Verhältnissen abwichen. Dies spricht dafür, daß die Vorstellungsbilder von den beiden Parteien über die Systemebenen hinweg ähnlich sind.

Tabelle 10

Die Verteilung unterschiedlicher Elemente in den Vorstellungsbildern von CDU/CSU und SPD, aufgliedert nach Gemeindegrößenklassen

Art der Elemente	Gemeindegröße		Mittelstädte		Landgemeinden	
	Großstädte	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
	in %		in %		in %	
Ideologie	6	8	6	6	6	4
Gruppen	18	10	8	12	8	9
Innenpolitik	19	21	19	25	19	24
Außenpolitik	8	26	9	24	11	26
Allg. Kompetenz	30	22	40	25	43	25
Politiker	19	13	18	8	13	11
N	97	118	78	125	63	106

4.2 Problemkompetenz als Komponente der Images von CDU/CSU und SPD

Die ausführliche Diskussion der in der Wählerschaft spontan verfügbaren Vorstellungsbilder von CDU/CSU und SPD hat gezeigt, daß das Wissen des Durchschnittsbürgers um die politischen Sachverhalte begrenzt ist. Dennoch wurde auch sichtbar, daß die Mehrheit der Bürger durchaus politische Probleme mit den politischen Parteien verbindet. Bei diesen Problemen handelte es sich vorwiegend um politische Ziele, die in der Bevölkerung allgemein als wünschenswert angesehen wurden. Die Art der Beurteilung der Parteien wurde in der Regel dadurch gekennzeichnet, daß Überzeugungen geäußert wurden, die ausdrücken, welche der Parteien Ziele dieser Art wohl am besten verwirklichen könnte.

Ein ausgewählter Satz solcher Zielvorstellungen wurde der wahlberechtigten Wohnbevölkerung in Umfragen zu den Bundestagswahlen seit 1961 in einer geschlossenen Frage vorgelegt. Nach der Einstufung dieser Probleme nach ihrer Wichtigkeit für den Befragten, auf die wir bereits eingegangen sind, wurde weiter gefragt:

»Sehen Sie jetzt einmal völlig davon ab, welche Partei Ihnen persönlich am sympathischsten ist, was meinen Sie, welche Partei kann mit diesem Problem am besten fertig werden, die SPD, die CDU/CSU oder die FDP?«

Tabelle 11

**Die Verbindung ausgewählter politischer Probleme mit politischen Parteien
(Befragte, die das Problem nach der persönlichen Bedeutung
eingestuft haben = 100 %)**

Politische Probleme	Gemeindegröße		Mittelstädte		Landgemeinden	
	Großstädte %	N	%	N	%	N
Sicherung der Preise	80	1684	74	1769	78	1301
Steuersenkung	64	1562	59	1660	58	1222
Bessere						
Ausbildungsmöglichkeiten	82	1647	77	1742	82	1273
Alterssicherung	86	1678	83	1735	87	1294
Sauberkeit im Staat	75	1604	69	1730	76	1268
Sicherheit im						
Sicherheit vor						
russischem Angriff	71	1487	66	1672	69	1166
Wiedervereinigung						
Deutschlands	77	1562	69	1678	77	1231
Gutes Verhältnis						
zu den USA	82	1628	83	1711	84	1259
Besseres Verhältnis						
zur Sowjetunion	88	1619	87	1720	89	1252

Wir haben die Ergebnisse an anderer Stelle, soweit sie die Bundesrepublik insgesamt betreffen, ausführlich dargestellt (Klingemann, 1973). Wir wollen deshalb hier, unter Verwendung der Daten der Umfrage vor der Bundestagswahl 1972, danach fragen, ob sich Unterschiede zwischen Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden in dieser Frage ergeben.

In Tabelle 11 haben wir dargestellt, in welchem Maße die Befragten, die den jeweiligen politischen Problemen irgendeine persönliche Bedeutung zurechneten (vgl. Tabelle 1), die Probleme mit den politischen Parteien verknüpft haben. Der Grad der Verknüpfung ist nach Problemen unterschiedlich. Er war am geringsten im Falle des Problems »Steuersenkung« und am höchsten im Falle des Problems »Besseres Verhältnis zur Sowjetunion«. Weder im Falle dieser noch im Falle der übrigen Probleme ergaben sich zwischen den Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden größere Unterschiede. Tendenziell war ein geringfügig niedrigerer Grad der Verknüpfung von Problemen und Parteien in den Mittelstädten zu beobachten.

Betrachtet man jedoch die Frage, ob die CDU/CSU oder die SPD als die politische Partei angesehen wird, die mit den jeweiligen politischen Problemen am besten fertig werden kann, so ergibt sich einerseits, daß Problemkompetenz in Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden — wie im Bund — durchaus problemspezifisch zugeschrieben wird. Dies wird durch die Unterschiede, die sich etwa im Hinblick auf Probleme wie »Sicherung der Preise« oder »Besseres Verhältnis zur Sowjetunion« ergeben, am besten illustriert. Andererseits zeigt sich aber, daß der Anteil der Befragten, die der CDU/CSU bzw. der SPD Kompetenz zuschreibt, auf systematische Weise mit der Gemeindegröße variiert. Je größer die Gemeinde, um so höher die Kompetenzvermutung für die SPD, je kleiner die Gemeinde, um so größer die Kompetenzvermutung für die CDU/CSU und vice versa.

Eine ähnliche Beziehung ergibt sich auch für die Sympathieeinstufungen der beiden Parteien. Bei einer Skala, die von +5 über 0 bis —5 reichte, stieg der Mittelwert der Einstufung der SPD von +2.03 in Landgemeinden auf +2.45 in Großstädten; im Falle der CDU/CSU fiel er von +1.28 in den Landgemeinden bis auf +0.13 in den Großstädten.

Damit stellt sich wieder die Frage der Beziehung zwischen Kompetenzvermutung und Parteisympathie, die wir bereits diskutiert haben.

Wir haben unsere Vorstellung von der Art der Beziehung zwischen Problemkompetenz und Parteisympathie eingangs bereits beschrieben. Danach bestimmt, unter langfristigen Aspekten, das Problemlösungsverhalten der Parteien den Grad der Parteisympathie und die Art des Parteiimages, das die Verknüpfung zwischen politischen Problemen und politischen Parteien regelt. Unter kurzfristigen Aspekten beeinflußt jedoch der Grad der Parteisympathie die Bereitschaft, Veränderungen in den Parteiimages zu erkennen und für die Verknüpfung zwischen Problemen und Parteien heranzuziehen.

Tabelle 12

Problemkompetenzen von CDU/CSU und SPD, aufgliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)

Politische Probleme	Großstädte		Mittelstädte		Landgemeinden	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Gemeindegröße	%	%	%	%	%	%
Sicherung der Preise	41	54	51	44	56	39
Alterssicherung	31	66	36	61	42	55
Bessere						
Ausbildungsmöglichkeiten	22	70	27	63	34	59
Steuersenkung	34	58	43	48	51	41
Sauberkeit im Staat	35	56	41	49	44	46
Sicherheit vor russischem Angriff	29	68	40	58	39	58
Wiedervereinigung Deutschlands	25	71	26	70	31	65
Gutes Verhältnis zu den USA	39	54	52	43	54	41
Besseres Verhältnis zur Sowjetunion	12	84	13	83	16	80

Tabelle 13

Parteisympathie für CDU/CSU und SPD, aufgliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)

Parteien	Großstädte			Mittelstädte			Landgemeinden		
	x̄	s	N	x̄	s	N	x̄	s	N
CDU/CSU	0.13	3.53	1661	1.01	3.13	1732	1.28	3.30	1325
SPD	2.45	2.80	1672	2.19	2.81	1745	2.03	2.84	1326

Skala für die Sympathie-Einstufungen: + 5 über 0 bis — 5

Im Zeitraum zwischen 1961 und 1972, für den Daten aus Umfragen vorliegen, sind Umdefinitionen der Parteiimages in bezug auf Problemkompetenz deutlich erkennbar. So meinten etwa 1961 27 Prozent der Wähler, die SPD könne bessere Ausbildungsmöglichkeiten realisieren; von der CDU/CSU glaubten dies 73 Prozent. Im Jahre 1972

hatte sich das Bild in der Weise geändert, daß 65 Prozent der SPD, aber nur 30 Prozent der CDU/CSU eine Verbesserung der Situation auf diesem Gebiet zutrauten. 45 Prozent der Befragten vermuteten die größere Kompetenz auf dem Gebiet der Ostpolitik («Besseres Verhältnis zur Sowjetunion») im Jahre 1964 bei der CDU/CSU; 1972 fiel der Prozentsatz bis auf 14 Prozent, bei einem entsprechenden Kompetenzzuwachs für die SPD. Auf der anderen Seite stieg der Anteil der Wähler, die der CDU/CSU auf dem Gebiet der Sicherung der Preise mehr zutrauten als der SPD, von 1969 auf 1972 von 37 auf 53 Prozent an. Wir haben aus der Art der Veränderung dieser und anderer Überzeugungen den Schluß gezogen, daß Umdefinitionen von Image-Elementen als Folge der Politik der Parteien begriffen werden müssen.

Die Ergebnisse der Diskussion der spezifischen, problembezogenen Komponenten in den Vorstellungsbildern der Parteien können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Im Durchschnitt verknüpfen mehr als Dreiviertel der Wählerschaft politische Probleme mit politischen Parteien (bei Vorgabe von Problemen und Parteien in einer geschlossenen Frage).

Der Grad der Verknüpfung variiert kaum nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden. Tendenziell ist der Grad der Verknüpfung in den Mittelstädten etwas geringer als in den Großstädten und Landgemeinden.

2. Sowohl in Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden ist eine nach Problemen differenzierte Kompetenzvermutung für CDU/CSU und SPD festzustellen. Dies entspricht den Beobachtungen, die bei der Analyse der offenen Fragen nach den guten und schlechten Seiten der Parteien gemacht wurden.

Die Vermutung einer Problemkompetenz für die CDU/CSU steigt mit sinkender Gemeindegröße; sie steigt, umgekehrt, mit steigender Gemeindegröße im Falle der SPD. Der gleiche Trend ergab sich für die Sympathieeinstufungen der beiden Parteien. Damit stellt sich die Frage nach der Beziehung zwischen Problemkompetenzvermutung und Parteisympathie, die im nächsten Abschnitt behandelt werden sollen.

Unter kommunalpolitischen Aspekten ergeben sich aus der Analyse der Vorstellungsbilder der Parteien folgende Thesen:

1. Die Vorstellungsbilder der Parteien sind geprägt von den Aktivitäten der Parteien auf allen Systemebenen, vor allem aber der Bundesebene. Beim Wähler besteht die Tendenz einer Generalisierung über die Systemebenen hinweg.
2. Die Elemente der Vorstellungsbilder sind in einem unterschiedlichen Maße variabel und beeinflussbar. Ideologische und gruppenbezogene Elemente verändern sich dabei langsamer als Elemente, die auf die Fähigkeit der Parteien bezogen sind, allgemein wünschbare Ziele realisieren zu können.
3. In bezug auf unterschiedliche Probleme kann die Veränderung der Kompetenzvermutung durchaus unterschiedlich verlaufen. Trends dieser Art werden jedoch eher von Bundes- als von Kommunalpolitik induziert.

4. Kommunalpolitische Wahlkampfaktivitäten der Parteien sind unter diesen Voraussetzungen dann am erfolgreichsten, wenn sie sich unter Einschluß der nicht-kommunalpolitischen Bereiche, (a) auf solche Vorstellungsinhalte der Images der jeweils gegnerischen Partei konzentrieren, die von der Wählerschaft bereits generell in Zweifel gezogen werden (Kompetenzverfall), und (b) solche Bereiche im eigenen Image betonen und verdeutlichen, die der Wählerschaft positive Anknüpfungspunkte für die Verbindung von Problemen und Partei anbieten.
5. Bei einer solchen Kommunalpolitik aus bundespolitischer Perspektive muß jedoch gesehen werden, daß die vertretene Politik im Zweifel auch realisiert werden muß, da dies langfristig über die Glaubwürdigkeit von Kompetenzvermutungen entscheidet.

5. Der Beitrag von Problemkompetenz zur Erklärung von Wahlabsicht und Wahlergebnis

Zwischen der Problemkompetenz der Parteien und dem Wahlverhalten ergibt sich eine starke Beziehung. Im Bundesgebiet insgesamt, wie in den Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden, wird stets mehr als 50 Prozent der CDU/CSU-SPD Wahlabsicht durch Problemkompetenzzuschreibung (im statistischen Sinne) erklärt. (Tabelle 18.) Problemkompetenz ist indes nur einer der Faktoren, die das Wahlverhalten beeinflussen. In den folgenden beiden Abschnitten wollen wir einmal den Beitrag der Problemkompetenz unter Berücksichtigung weiterer Faktoren der Wahlentscheidung an Hand eines kausalen Modells diskutieren. Wir werden dann zum anderen zu klären versuchen, welche Wichtigkeit der Problemkompetenz für die Erklärung der Verteilung der Stimmen bei einer Wahl zukommt, verglichen wiederum mit der Wichtigkeit anderer Faktoren. Hierbei gehen wir von einem hypothetischen Zweiparteiensystem aus und unterstellen als Ausgangsmodell eine unentschiedene Wahl (50:50). Spezifisch wird stets danach gefragt, ob sich Unterschiede zwischen Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden ergeben.

5.1 *Problemkompetenz, Kandidatenorientierung und Parteisympathie als Determinanten der individuellen Wahlabsicht*

Es gibt bislang nur wenige Untersuchungen, die versucht haben, neben dem Einfluß sozialstruktureller Merkmale den Einfluß von Problemkompetenz, Kandidatenorientierung und Parteisympathie auf die Wahlabsicht oder Wahlentscheidung in der Bundesrepublik im Sinne eines kausalen Modells zu analysieren. Schleth und Weede haben als erste mit Daten einer Umfrage zur Bundestagswahl 1969 eine Reihe alternativer Modelle durchgerechnet (Schleth und Weede, 1971). Schleth und Weede kommen zu dem Schluß, daß Problemkompetenz der Parteien und die Attraktivität ihrer Kandidaten eine Konsequenz von Parteisympathie sei und daß Parteisympathie weitgehend mit Wahlabsicht bzw. Wahlentscheidung gleichgesetzt werden könne. Sie schließen nicht aus, daß Parteisympathie als intervenierende Variable zwischen sozialstrukturelle und politische Variablen (Problemkompetenz, Kandidatenorientierung) treten könnte. Ins-

gesamt sind die Autoren skeptisch, ob Modelle, die im amerikanischen Kontext entwickelt wurden und die dem Konzept der Parteiidentifikation eine zentrale Rolle einräumen, auf deutsche Verhältnisse angewendet werden können.

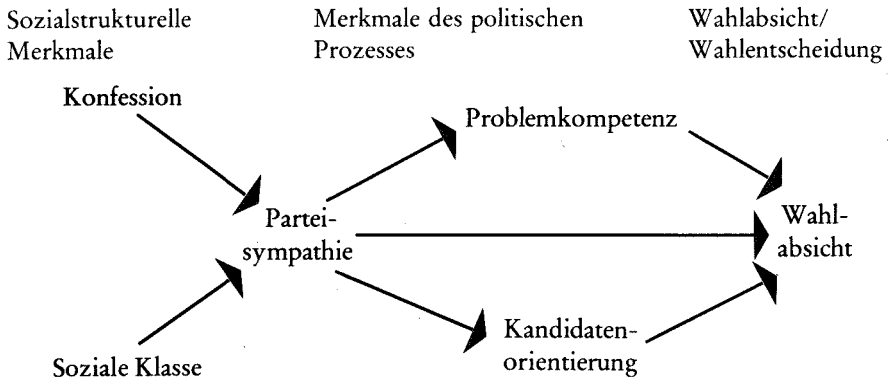
Der zweite und letzte uns bekannte Versuch, ein kausales Modell unter Einschluß sozialstruktureller und politischer Variablen zu entwickeln, wurde von Baker et al. vorgelegt (Baker et al., 1975). An Hand von Daten aus Bundestagswahluntersuchungen seit 1961 testeten sie ein Modell, in dem ein Einfluß von Problemkompetenz und Parteisympathie auf die Wahlabsicht angenommen wird. Ihre Ergebnisse zeigen einen relativ geringen direkten Einfluß sozialstruktureller Faktoren und einen, im Vergleich zur Parteisympathie, hohen Einfluß von Problemkompetenz, der von 1961 bis 1969 zunimmt und 1972 leicht absinkt.

Unsere eigenen Modellvorstellungen haben wir bereits ausführlich dargelegt. Nach diesen Vorstellungen wird die Erfahrung mit politischen Parteien unter affektiven Aspekten auf dem »Sammelkonto« Parteisympathie »gebucht«. Das gilt auch dann, wenn die Erfahrungen, wie die der Katholiken und der Arbeiter, in besonderer Weise gruppenspezifisch geprägt sind. Wir nehmen also keinen direkten Einfluß sozialstruktureller Faktoren auf die Wahlabsicht bzw. Wahlentscheidung an; soweit ein solcher Einfluß vorhanden ist, sei er über Parteisympathie vermittelt.

Unter kurzfristigen Aspekten beeinflusst nach dieser Modellvorstellung Parteisympathie die Perzeption von Problemkompetenz und Kandidatenorientierung. Eine Partei, die in der Vergangenheit ein effizientes Problemlösungsverhalten gezeigt hat, kann davon bei mangelnder Entsprechung von Vorstellungsbild und aktuellem Problemlösungsverhalten oder einer aktuellen Schwäche des Führungspersonals eine Weile zehren. Dennoch wird Problemkompetenz, wie wir im Hinblick auf einige ausgewählte Probleme zeigen konnten, durch Parteisympathie nicht vollständig determiniert. Je klarer die Situation definiert ist, um so weniger ist ein Befragter in der Lage, eine abweichende Vorstellung für sich selbst aufrechtzuerhalten. Analoges gilt für die Kandidatenorientierung. Deshalb erwarten wir sowohl von Problemkompetenz als auch von Kandidatenorientierung einen eigenen Einfluß auf Wahlabsicht bzw. Wahlentscheidung. Unter langfristigen Aspekten betrachten wir Parteisympathie als abhängige Variable des Problemlösungsverhaltens der politischen Akteure. Damit unterscheidet sich unsere Konzeptualisierung von Parteisympathie von dem Konzept der Parteiidentifikation, das stärker auf frühe Sozialisierungseinflüsse in der Familie abstellt. Obwohl wir also eine größere Variabilität von Parteisympathie im Zeitverlauf erwarten, wenn sich die Qualität des »output« der Parteien ändert, sollte sich aus dem Charakter der Parteisympathie als Summe langfristiger Erfahrungen ergeben, daß sie sich weniger schnell ändert als Problemkompetenz in bezug auf bestimmte Ziele oder die Attraktivität bestimmter Kandidaten. Insoweit kann von langfristigen und kurzfristigen Faktoren gesprochen werden.

Mit den uns zur Verfügung stehenden Daten können wir diesen dynamischen Aspekt der Theorie nicht überprüfen, hierzu wären Paneldaten erforderlich. Was wir indes

testen können, ist der Stellenwert der angeführten Variablen unter kurzfristigen Aspekten. Formal ergibt sich dabei die folgende Struktur des Modells:



Dieses Modell soll für Großstädte, Mittelstädte und Landgemeinden überprüft werden. Die Variablen, die in die Berechnungen eingehen, wurden wie folgt operationalisiert:

1. Mit *Konfession* und *sozialer Klasse* haben wir die sozialstrukturellen Variablen in die Betrachtung einbezogen, die sich bisher für die Erklärung von Wahlverhalten in der Bundesrepublik als die wichtigsten Merkmale herausgestellt haben (Pappi, 1973). *Konfession* wurde definiert als Katholiken vs. Nicht-Katholiken, *soziale Klasse* als Arbeiter vs. Nicht-Arbeiter. Im Falle von *Konfession* handelt es sich um die Konfessionszugehörigkeit des Befragten; im Falle von *sozialer Klasse* um den Beruf des Haushaltsvorstands.

Die Verteilung der Merkmale in Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden zeigt einen geringeren Katholikenanteil in den Großstädten und einen mit sinkender Gemeindegröße steigenden Anteil der Arbeiterbevölkerung.

Tabelle 14

Katholiken- und Arbeiteranteile, aufgegliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)

Sozialstrukturelle Merkmale	Gemeindegröße	Großstädte		Mittelstädte		Landgemeinden	
		%	s	%	s	%	s
Katholiken		36.7	47.	42.5	49.	41.1	49.
Arbeiter		33.2	48.	41.3	49.	45.1	50.
N		1757		1704		1355	

2. *Parteisympathie* ist als Differenz zwischen der Sympathieeinstufung der SPD und der Sympathieeinstufung der CDU/CSU operationalisiert. Ein Wert von 10 gibt die maximale Distanz zwischen den Parteien im Hinblick auf Parteisympathie an. Ein positives Vorzeichen bedeutet, daß die SPD mehr geschätzt wird als die CDU/CSU; ein negatives Vorzeichen bedeutet, daß die CDU/CSU mehr geschätzt wird als die SPD. Die relative Sympathie für die SPD sinkt mit sinkender Gemeindegröße.

Tabelle 15

Relative Parteisympathie SPD — CDU/CSU, aufgegliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)

	Großstädte		Mittelstädte		Landgemeinden	
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s
Relative Parteisympathie	2.32	5.62	1.18	5.17	.76	5.40
N	1656		1729		1323	

3. *Kandidatenorientierung* ist wie die relative Parteisympathie als Differenz zwischen der Sympathieeinstufung für den SPD-Kandidaten und der Sympathieeinstufung für den CDU/CSU-Kandidaten operationalisiert. Die maximale Distanz beträgt wiederum 10; ein positives Vorzeichen kennzeichnet einen Vorteil der SPD, ein negatives Vorzeichen kennzeichnet einen Vorteil der CDU/CSU.

Die in Tabelle 16 aufgeführten Werte machen den großen Vorsprung des SPD-Kandidaten im Jahre 1972 sichtbar. Dieser Vorsprung stieg mit wachsender Gemeindegröße an.

Tabelle 16

Relative Kandidatenorientierung SPD — CDU/CSU, aufgegliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)

	Großstädte		Mittelstädte		Landgemeinden	
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s
Relative Kandidatenorientierung	3.43	5.60	2.42	5.20	1.58	5.44
N	1656		1743		1331	

4. *Problemkompetenz* bezieht sich auf die bereits besprochenen 9 politischen Ziele. Die Zahl der Probleme, für die die jeweilige politische Partei als kompetent angesehen wird, wird multipliziert mit der Bedeutung, die der Befragte den jeweiligen Problemen persönlich zumißt. Dieser Wert wird dann bezogen auf die Summe der Bedeutung der Probleme, die der Befragte insgesamt mit den Parteien in Verbindung bringt. Der Index variiert zwischen 0 und 100. 100 bedeutet, daß die SPD ausschließlich die Problemkompetenz besitzt; 0 bedeutet, daß die CDU/CSU die ausschließliche Problemkompetenz besitzt. In den Landgemeinden war die Problemkompetenz der SPD und der CDU/CSU nahezu ausgeglichen. In den Großstädten war sie stark zugunsten der SPD verschoben.

Tabelle 17

Relative Problemkompetenz SPD — CDU/CSU,
aufgegliedert nach Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden (1972)

	Großstädte		Mittelstädte		Landgemeinden	
	\bar{x}	s	\bar{x}	s	\bar{x}	s
Relative Problemkompetenz	63.13	42.07	56.20	41.67	51.42	41.70
N	1703		1785		1331	

Tabelle 18

Wahlabsicht vor der Bundestagswahl 1972, aufgegliedert nach Großstädten,
Mittelstädten und Landgemeinden

Wahlabsicht \ Gemeindegröße	Großstädte %	Mittelstädte %	Landgemeinden %
SPD	54.6	50.2	45.5
CDU/CSU	27.2	34.1	41.3
FDP	11.8	10.1	8.8
Sonstige Parteien	1.7	1.2	1.2
Nichtwähler	4.7	4.4	3.3
	1638	1609	1225
N	= 87,5 %	= 87,7 %	= 87,2 %

5. *Die Wahlabsicht* bei der Bundestagswahl 1972 betrachten wir als abhängige Variable. Dabei beschränken wir uns auf die Entscheidung für die SPD einerseits oder die CDU/CSU andererseits. Die Beschränkung auf diese Dichotomie erfolgt aus pragmatischen Gründen. Die Erweiterung des Modells auf den Mehrparteien-Fall hätte einen weit aufwendigeren statistischen Apparat erfordert. Einschließlich der Nichtwähler bleiben deshalb, wie aus Tabelle 18 hervorgeht, in den Großstädten 18 Prozent, in den Mittelstädten 16 Prozent und in den Landgemeinden 13 Prozent der Befragten, die eine Angabe zur Wahlabsicht machten, unberücksichtigt.

Der CDU/CSU-Stimmenanteil steigt mit sinkender Gemeindegröße von 27.2 Prozent in den Großstädten, 34.1 Prozent in den Mittelstädten, bis auf 41.3 Prozent in den Landgemeinden. Der SPD-Stimmenanteil steigt mit wachsender Gemeindegröße von 45.4 Prozent in den Landgemeinden bis auf 54.6 Prozent in den Großstädten.

Die Beziehung zwischen den sozialstrukturellen Variablen und den politischen Variablen deuten in die bekannte Richtung. Der Arbeiteranteil korreliert positiv mit der SPD-Wahlabsicht, der relativen Parteisympathie, Kandidatenorientierung und Problemkompetenz, soweit sie in die SPD-Richtung zeigen. Analoges gilt für den Katholikenanteil und die CDU/CSU-Wahlabsicht und die genannten politischen Variablen. Die Beziehung zwischen der Wahlabsicht und dem Arbeiteranteil ist in den Landgemeinden und Mittelstädten stärker ausgeprägt als in den Großstädten. Die Beziehung zwischen dem Katholikenanteil und der Wahlabsicht ist in den Großstädten und Landgemeinden stärker als in den Mittelstädten. Der Zusammenhang zwischen Parteisympathie, Kandidatenorientierung, Problemkompetenz und Wahlabsicht ist in allen Gemeindegrößenklassen sehr straff.

Das von uns vorgeschlagene Modell spezifiziert sieben unter den möglichen Beziehungen zwischen diesen Variablen. In Schaubild 1 sind die entsprechenden Pfadkoeffizienten eingetragen. Die Differenzen zwischen den beobachteten und den modellimplizierten Beziehungen sind gering; sie übersteigen den Wert von .08 nicht. Die Daten widersprechen der Modellvorstellung also nicht. Als Maßzahl für den Grad der Übereinstimmung von beobachteten und modellimplizierten Beziehungen haben wir jeweils die Summe der quadrierten Abweichungen zwischen beobachteten und modellimplizierten Beziehungen gebildet. Die Maßzahl zeigt, daß das Modell in den Großstädten etwas besser »paßt« als in den Mittelstädten und Landgemeinden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Einfluß der Konfessionszugehörigkeit auf die Wahlabsicht in den Landgemeinden und Mittelstädten etwas weniger gut durch die Parteisympathie vermittelt wird als in den Großstädten.

Betrachtet man die Pfadkoeffizienten im einzelnen, so fällt zunächst die relative Unabhängigkeit der politischen Variablen von den sozialstrukturellen Variablen auf. Mit sozialstrukturellen Variablen allein ist Wahlabsicht offensichtlich nicht zu erklären. Ähnliches gilt für die Variablen, die der Wahlentscheidung bzw. Wahlabsicht unmittelbar vorgelagert sind.

Die Parteisympathie determiniert die Kandidatenorientierung in Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden nahezu völlig. Im Falle der Problemkompetenz sind die Koeffizienten geringer, obwohl auch hier die Parteisympathie in allen Fällen über 50 Prozent der Varianz der Problemkompetenz erklärt.

Tabelle 19

**Korrelationen zwischen ausgewählten sozialstrukturellen
und politischen Variablen, aufgliedert nach Großstädten,
Mittelstädten und Landgemeinden (1972)**

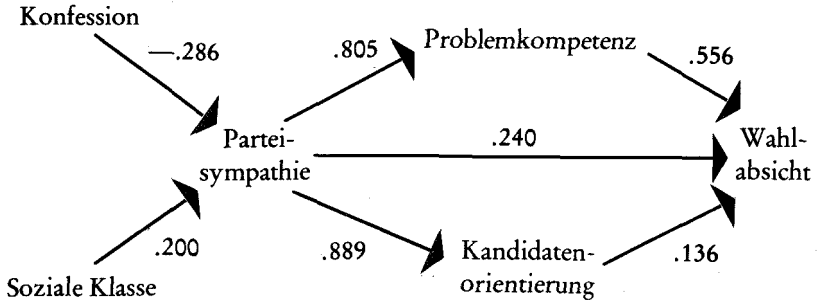
		Großstädte				
		1	2	3	4	5
1	Katholiken	—				
2	Arbeiter	—,037	—			
3	Parteisympathie	—,293	,211	—		
4	Kandidatenorient.	—,287	,179	,889	—	
5	Problemkompetenz	—,259	,198	,805	,796	—
6	Wahlabsicht	—,273	,175	,809	,792	,858

		Mittelstädte				
		1	2	3	4	5
1	Katholiken	—				
2	Arbeiter	—,011	—			
3	Parteisympathie	—,204	,159	—		
4	Kandidatenorient.	—,206	,145	,860	—	
5	Problemkompetenz	—,198	,178	,775	,725	—
6	Wahlabsicht	—,202	,202	,779	,749	,841

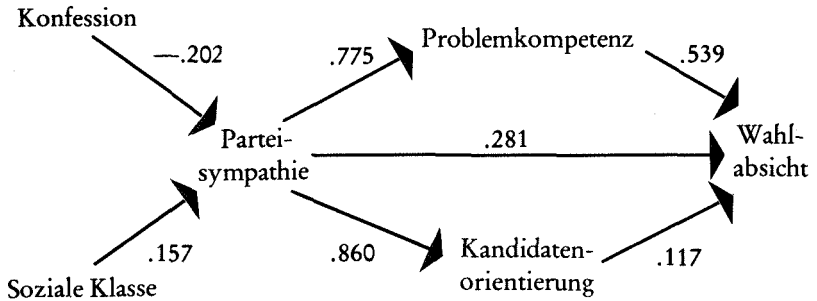
		Landgemeinden				
		1	2	3	4	5
1	Katholiken	—				
2	Arbeiter	,035	—			
3	Parteisympathie	—,208	,229	—		
4	Kandidatenorient.	—,211	,190	,877	—	
5	Problemkompetenz	—,210	,187	,723	,708	—
6	Wahlabsicht	—,257	,202	,803	,776	,787

Schaubild 1

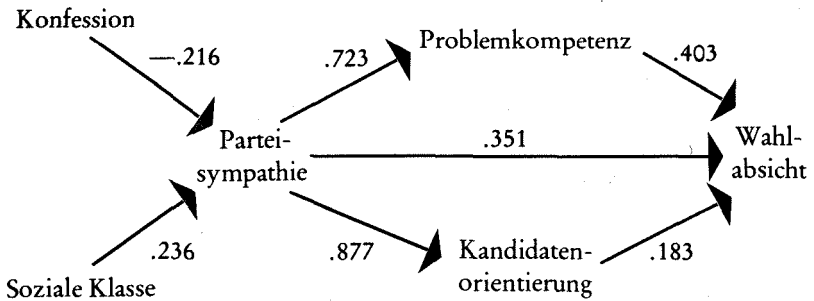
Ein Modell zur Erklärung der Wahlentscheidung:
Ergebnisse für Großstädte, Mittelstädte und Landgemeinden (1972)



Großstädte N = 1176, $R^2 = .779$, fit = .0123



Mittelstädte N = 1289, $R^2 = .767$, fit = .0162



Landgemeinden N = 979, $R^2 = .745$, fit = .0167

Die Parteisympathie, die Kandidatenorientierung und die Problemkompetenz haben in dem Modell einen direkten Einfluß auf die Wahlabsicht. Die Rangordnung der Stärke der Beziehungen zwischen diesen Variablen und der Wahlabsicht ist in den Landgemeinden, den Mittelstädten und den Großstädten gleich; den relativ größten Beitrag liefert stets die Problemkompetenz, gefolgt von der Parteisympathie und der Kandidatenorientierung. In bezug auf die Höhe der Koeffizienten ergaben sich zwischen den Gemeindegrößenklassen systematische Unterschiede. Die Bedeutung der Problemkompetenz steigt mit steigender Gemeindegröße; die relative Bedeutung der Parteisympathie steigt mit sinkender Gemeindegröße.

Das spezifisch politische, problembezogene Argument ist also dort am wichtigsten für die individuelle Wahlentscheidung, wo: (a) das Angebot an politischen Argumenten durch eine relativ ausdifferenzierte, kommunale politische Infrastruktur unterstützt wird (Zeitungen, Organisationen und Verbände, Parteien), und (b) die individuellen Voraussetzungen zur Aufnahme eines solchen Angebots günstig verteilt sind (Schulbildung, politisches Interesse).

Das generalisierte Vertrauen in Parteien und Politiker ist in den Landgemeinden für die individuelle Wahlentscheidung wichtiger als in den Großstädten. Der integrale Politiker, die traditionelle Bindung an die Parteien, rangieren in der Hierarchie der Bestimmungsgründe individueller Wahlentscheidung höher als in den Groß- und Mittelstädten.

5.2 Problemkompetenz, Kandidatenorientierung und Parteisympathie als Determinanten von Wahlergebnissen

Die Kenntnis der Bestimmungsgründe der individuellen Wahlentscheidung beantwortet noch nicht die Frage nach ihrem relativen Beitrag zur Erklärung der Verteilung der Stimmenanteile der Parteien in der gesamten Wählerschaft. Stokes hat auf diesen Sachverhalt wie folgt hingewiesen: »It is quite possible that individual partisan choice will be highly related to a particular dimension and yet that the country will be so evenly divided on this attitude that it cannot be said to have favored one party more than the other over the electorate as a whole« (Stokes, 1966). Falls sich also, um ein Beispiel zu nennen, die CDU/CSU-Problemkompetenz und die SPD-Problemkompetenz bei einer bestimmten Wahl genau gleich verteilen, so kann man sagen, daß weder die CDU/CSU noch die SPD von dieser Einstellungsdimension per saldo profitiert haben, obgleich Problemkompetenz die individuelle Wahlentscheidung stark motiviert haben mag.

Ausgehend von einer gleichen Chance der Parteien, die Wahl zu gewinnen (d. h. in unserem Falle: CDU/CSU 50 %, SPD 50 %), hat Stokes den relativen Beitrag der Faktoren der Wahlentscheidung zur Erklärung der Abweichung der tatsächlichen Verteilung der Parteistimmen von der hypothetischen Gleichverteilung, auf die folgende Weise berechnet:

$$b_i (\bar{X}_i - \bar{X}_i^0).$$

Dabei bedeutet b_i den relativen Beitrag einer bestimmten unabhängigen Variablen zur Bestimmung der Wahlentscheidung auf der individuellen Ebene, ausgedrückt durch den Koeffizienten einer multiplen Regression. In unserem Falle repräsentieren die b_i den relativen Beitrag von Parteisympathie, Kandidatenorientierung und Problemkompetenz zur Erklärung der Wahlabsicht für CDU/CSU oder SPD. Der Mittelwert \bar{X}_i kennzeichnet die beobachtete Verteilung der Wählerschaft im Hinblick auf diese Einstellungsdimensionen. X_i^0 steht für den theoretischen Nullpunkt der Einstellungsdimensionen. Für die Einstellungsdimensionen Parteisympathie und Kandidatenorientierung ist dieser theoretische Nullpunkt 0, da die Skalen von -10 über 0 nach $+10$ laufen; im Falle der Problemkompetenzdimension liegt der theoretische Nullpunkt bei 50 , da die entsprechende Skala von 0 über 50 nach 100 läuft.

Der Grad, zu dem eine Partei von der Verteilung einer bestimmten Einstellung im Aggregat begünstigt oder benachteiligt wird, kann als Differenz zwischen dem beobachteten Mittelwert (\bar{X}_i) und dem theoretischen Nullpunkt (X_i^0) einer Einstellungsdimension ausgedrückt werden. So war zum Beispiel in den Großstädten die mittlere Einstufung im Hinblick auf die Einstellungsdimension SPD-CDU/CSU Problemkompetenz $\bar{X} = 66.4$, der theoretische Nullpunkt ist hier, wie oben beschrieben, $X^0 = 50$. ($\bar{X} - X^0$) ist in diesem Fall also 16.4 , und wird als Meßzahl dafür aufgefaßt, wie stark eine der beiden Parteien — in diesem Beispiel die SPD — durch die Verteilung der Einstellungen auf der Problemkompetenzdimension von den Wahlberechtigten insgesamt begünstigt wurde. Durch die Multiplikation dieser Maßzahl mit der Maßzahl für die Stärke der individuellen Beziehung (b_i) ergibt sich der Koeffizient, den Stokes »attitudinal component of the vote« genannt hat. Aus der Struktur der Gleichung wird sichtbar, daß ein noch so starker Zusammenhang zwischen einer Einstellungsdimension und der Wahlentscheidung dann nichts zur Erklärung der Abweichung eines bestimmten Wahlergebnisses von der Gleichverteilung beitragen kann, wenn die Verteilung der Einstellung beide Parteien gleichermaßen begünstigt. Umgekehrt wird ein auf der individuellen Ebene relativ schwacher Zusammenhang dann wichtig, wenn die Verteilung der Einstellung im Aggregat eine der Parteien stark im Vorteil sieht. Unter Verwendung dieses Modells hat Stokes den relativen Einfluß von Kandidatenorientierung und Problemkompetenz auf die Wahlergebnisse in vier amerikanischen Präsidentschaftswahlen untersucht. Er kam dabei zu dem Schluß, daß die Verteilung der Stimmenanteile bei den Präsidentschaftswahlen am stärksten durch die Einstellungen zu den Präsidentschaftskandidaten und weniger durch die Einstellungen zu den politischen Problemen beeinflusst werden (Stokes, 1966).

Der Verfasser hat das Modell für eine Analyse der Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1961 bis 1972 herangezogen und einen jeweils gegenläufigen Einfluß von Kandidatenorientierung und innenpolitischer Problemkompetenz in den Wahlen 1969 und 1972 als wichtigstes Ergebnis festgehalten (Klingemann, 1975).

Die Berechnung entsprechender Koeffizienten für die Einstellungen zu den Parteien, den Kandidaten und der Problemkompetenz für Großstädte, Mittelstädte und Landgemeinden ergab prägnante Unterschiede zwischen den Landgemeinden einerseits und

den Mittel- und Großstädten andererseits. Im Vergleich zur individuellen Bedeutung wird durch die zusätzliche Berücksichtigung der Verteilung der Einstellungen, die Wichtigkeit der Kandidatenorientierung in den Landgemeinden für die Erklärung des Wahlergebnisses gezeigt. Die Bedeutung der Problemkompetenz tritt zurück.

Tabelle 20

**Problemkompetenz, Kandidatenorientierung und Parteisympathie:
Stoke's Koeffizienten**

	b_i	\bar{x}_i	x_i^o	Stoke's Koeffizienten	Anteil an der Erklärung der Abweichung des Wahlergebnisses von der 50 : 50 Verteilung in %
Großstädte (N = 1176)					
Parteisympathie	.0188	2.3792	0	.0449	24
Kandidatenorient.	.0108	3.4761	0	.0376	20
Problemkompetenz	.0063	66.4311	50	.1043	56
Mittelstädte (N = 1289)					
Parteisympathie	.0253	1.0737	0	.0272	27
Kandidatenorient.	.0103	2.2110	0	.0230	23
Problemkompetenz	.0064	57.9750	50	.0511	50
Landgemeinden (N = 979)					
Parteisympathie	.0314	.5301	0	.0166	33
Kandidatenorient.	.0161	1.3319	0	.0214	43
Problemkompetenz	.0048	52.3927	50	.0115	23

Für die Groß- und Mittelstädte ergibt sich dagegen eine stark herausgehobene Bedeutung der Problemkompetenz. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muß berücksichtigt werden, daß sie sich auf eine Bundestagswahl beziehen. Sie sind, insbesondere im Hinblick auf die Kandidatenorientierung, nicht ohne weiteres zu verallgemeinern. Es

bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten, zu prüfen, ob auch bei Kommunalwahlen in den Landgemeinden zunächst die Person, dann die Partei und schließlich die Problemkompetenz entscheidend ist, und ob sich die Reihenfolge dieser Einflußgrößen in den Groß- und Mittelstädten umkehrt. Würde sich das Ergebnis allerdings bestätigen, so könnten sich unterschiedliche Strategien der Parteien bei Wahlen in diesen Gebieten auszahlen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

1. Verglichen mit Kandidatenorientierung und Parteisympathie ist Problemkompetenz der stärkste Prädiktor der Wahlabsicht auf der individuellen Ebene. Das gilt für Großstädte, Mittelstädte und Landgemeinden gleichermaßen.

Dabei steigt die Stärke der Beziehung der Parteisympathie zur Wahlabsicht mit sinkender Gemeindegröße, während die Stärke der Beziehung der Problemkompetenz zur Wahlabsicht mit zunehmender Gemeindegröße ansteigt. Die Stärke der Kandidatenorientierung ist in Landgemeinden größer als in den Mittel- und Großstädten.

2. Bezieht man die Verteilung der Einstellungen auf den Dimensionen Parteisympathie, Kandidatenorientierung und Problemkompetenz in den Großstädten, Mittelstädten und Landgemeinden, neben der Stärke der Beziehungen dieser Faktoren zur Wahlabsicht auf der individuellen Ebene, in die Überlegungen mit ein, so ergibt sich ein klarer Unterschied zwischen den Landgemeinden einerseits und den Mittel- und Großstädten andererseits. Während in den Landgemeinden die Abweichung der beobachteten Verteilung der Parteistimmen von einer hypothetischen 50:50 Verteilung zu 43 Prozent auf die Kandidatenorientierung zurückgeführt werden kann, ist dies in den Großstädten (20 %) und Mittelstädten (23 %) weit weniger der Fall. Dafür ist in den Großstädten (56 %) und Mittelstädten (50 %) der Einfluß von Problemkompetenz wichtiger als in den Landgemeinden (23 %).

These: Im überschaubaren Kontext der Landgemeinde ist generalisiertes Vertrauen bezogen auf Politiker und Parteien für den Wahlausgang wichtiger als die eher spezifische Problemkompetenz. Problemkompetenz wiegt dagegen schwerer für das Wahlergebnis in den relativ ausdifferenzierten politischen Systemen der Groß- und Mittelstädte.

6. Schlußfolgerungen für die weitere Forschung

In diesem Beitrag sind generelle Überlegungen zur Beeinflussung des Wahlverhaltens durch Problemorientierung angestellt worden. Die Datenanlage hat eine systematische Analyse des Einflusses von Problemorientierung in Kommunalwahlen nicht gestattet. Es wurde jedoch untersucht, ob Gemeindegröße, als ein Indikator für die Ausdifferenzierung des sozialen und politischen Systems der Gemeinde, Unterschiede im Zusammenhang von Problemorientierung und Wahlverhalten erkennen läßt. Damit wurde die kommunalpolitische Perspektive der Arbeit gewahrt.

In der weiteren Forschung, das folgt aus unseren Ausführungen, muß zunächst die Datenlage systematisch verbessert werden. Für den Bereich der kommunalpolitischen Problemorientierung wird dafür der folgende Forschungsplan vorgeschlagen.

1. Muster kommunalpolitischer Probleme

Ausgehend von der Unterscheidung politischer Probleme nach umstrittenen, positionsbezogenen Issues (Ziel-Konflikte) und Issues, die in der Zielvorstellung allgemein geteilt werden (Ziel-Konsensus), ist eine detailliertere Issue-Typologie zu erarbeiten. Die Typologie sollte auf objektive Merkmale der sozialen und politischen Struktur der Gemeinden bezogen werden. Dazu schlagen wir eine Bestandsaufnahme der kommunalen Probleme in sozialstrukturell heterogenen Gemeinden, Gemeinden also, in denen sich soziale Gruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen gegenüberstehen, und in sozialstrukturell homogenen Gemeinden vor. Da wir annehmen, daß das Muster des kommunalen Konflikts nicht allein von sozialen, sondern auch von politischen Strukturmerkmalen abhängig ist, muß zusätzlich der Grad der kommunalen parteipolitischen Konkurrenz kontrolliert werden. Insbesondere Pappi (1975) hat auf den unabhängigen Einfluß von Gemeindegröße hingewiesen. Diese Dimension ist somit zusätzlich bei der Definition von Gemeindetypen zu berücksichtigen. Geht man von diesen Merkmalen aus, so ergeben sich, vereinfacht dargestellt, 8 Gemeindetypen, die nach ihrer sozialen und politischen Struktur unterschiedlich sind.

Gemeindetypen

Politisch

Sozialstrukturell

	homogen		heterogen	
	Land- gemeinden	Mittel- und Großstädte	Land- gemeinden	Mittel- und Großstädte
homogen	1	2	3	4
heterogen	5	6	7	8

An Hand einer nach diesen Merkmalen geschichteten Stichprobe von Gemeinden soll dann mit Hilfe einer Inhaltsanalyse von Zeitungen und/oder einer Befragung der kommunalen politischen Elite der jeweilige Katalog kommunaler Probleme ermittelt werden. Als Ergebnis der Analyse soll festgestellt werden, ob und in welcher Weise sich die Problem-Muster unterscheiden, d. h. ob und in welcher Weise sie auf strukturelle Merkmale der Gemeinden rückbezogen werden können.

2. Kommunales Problembewußtsein der Gemeindebürger

Im zweiten Schritt wäre dann zu fragen, in welchem Maße die gefundenen kommunalen Problem-Muster im Bewußtsein der Gemeindebürger verankert sind. Dabei soll die Wahrnehmung, Bewertung und die Wichtigkeit sowie die Verknüpfung der Probleme mit den politischen Parteien ermittelt werden.

In unserem Beitrag haben wir die Rolle der Partei-Images für die Verbindung von politischen Problemen und politischen Parteien besonders betont. Durch eine spezifische Frage nach den kommunalen Partei-Images kann der Grad der Übereinstimmung und Abweichung von den nationalen Images, und damit die Chance kommunaler Differenzierung, bestimmt werden.

Für diesen Problemkomplex ist die Bevölkerungsumfrage das geeignete Mittel der Datenerhebung. Die Stichprobe sollte dabei nach den oben skizzierten Gemeindetypen geschichtet werden.

3. Das relative Gewicht der Problemorientierung für das Wahlverhalten

Das Gewicht der kommunalen Problemorientierung für das kommunale Wahlverhalten muß gegen andere Determinanten des Wahlverhaltens abgewägt werden. Dazu bieten sich Modellvorstellungen an, die sozialstrukturelle und politische Variablen in kausalem Sinne aufeinander beziehen. Kevenhörster (1975) hat die Struktur solcher Modelle in seinem Beitrag diskutiert. Dabei ist allerdings zu beachten, daß eine Reihe zentraler Thesen ohne die Verfügbarkeit von Daten aus Wiederholungsbefragungen nicht zu entscheiden sind; darauf wurde auch in unserer Ausarbeitung mehrfach hingewiesen.

Generell ist festzuhalten, daß ohne eine umfassende, systematisch und langfristig angelegte Datensammlung die Frage nach den Gesetzmäßigkeiten des kommunalen Wahlverhaltens nicht zu beantworten ist.

L I T E R A T U R

- Baker, Kendall L., Russell J. Dalton und Kai Hildebrandt, 1975: Political Affiliations: Transition in the Bases of German Partisanship. Paper to be presented at the Workshop on Empirical and Theoretical Analysis of Party Systems, ECPR Joint Sessions, London, April 7—12.
- Berelson, Bernhard R., Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee, 1954: *Voting*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Butler, David und Donald Stokes, 1969: *Political Change in Britain*. London: Macmillan.
- Brody, Richard A. und Benjamin J. Page, 1972: Comment: The Assessment of Policy Voting. *American Political Science Review*, Vol. LXVI, S. 450—458.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller, 1954: *The Voter Decides*. Evanston, Illinois und White Plains, New York: Row Peterson.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald Stokes, 1960: *The American Voter*. New York: John Wiley.
- Converse, Philip E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics. S. 206—261 in David A. Apter, Hrsg., *Ideology and Discontent*. Glencoe, Illinois: Free Press.
- Converse, Philip E., 1975: Public Opinion and Voting Behavior. Chapter 2 in F. I. Greenstein und N. W. Polsby, Hrsg., *The Handbook of Political Science*, Vol. 6, Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Eberlein, Klaus D., 1968: *Was die Deutschen möchten*. Hamburg: Christian Wegner Verlag.
- EMNID, 1971: *Kommunalpolitische Einstellungen im Großraum Bielefeld*. Bielefeld.
- GETAS, 1970: *Modellstudie »Kleine Städte«*. Bremen.
- Höhe, Jürgen, Hans D. Klingemann, Klaus Radermacher und Dieter Fuchs, 1973: *TEXTPACK*. Köln.
- Inglehart, Ronald, 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *American Political Science Review*, Vol. LXV, S. 991—1017.
- Kevenhörster, Paul, 1975: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemaren und kommunalen Wahlverhalten. In diesem Band.
- Klingemann, Hans D., 1973: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. *Politische Vierteljahresschrift*, 14. Jg., S. 227—256.
- Klingemann, Hans D., 1975: Attitudinal Components of the Vote in German Federal Elections. Paper. ISA/IPSA Committee on Political Sociology, Conference on Elections in Complex Society, Queen's University, Kingston, Ontario, Canada, June 8—13.
- Matthews, Donald R. und James W. Prothro, 1966a: The Concept of Party Image and its Importance for the Southern Electorate. S. 139—174 in M. Kent Jennings und Harmon Zeigler, Hrsg., *The Electoral Process*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Matthews, Donald R. und James W. Prothro, 1966b: *Negroes and the New Southern Politics*. New York: Harcourt, Brace and World.
- Noetzel, Dieter und Manfred Rabeneick, 1974: Parteien als Vertreter von Interessen. *Die Politische Meinung*, Sonderheft April, S. 78—108.
- Nowotny, Helga und Manfred Schmutzer, 1974: *Gesellschaftliches Lernen*. Frankfurt und New York: Herder & Herder.
- Pappi, Franz Urban, 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift*, 14. Jg., S. 191—213.
- Pappi, Franz Urban, 1975: Sozialstruktur und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen aus kommunalpolitischer Perspektive. In diesem Band.
- Pomper, Gerald M., 1972: From Confusion to Clarity: Issues and American Voters, 1956—1968: *American Political Science Review*, Vol. LXVI, S. 415—428.

- Sartori, Giovanni, 1975: Models of Party Competition. Paper submitted to the ECPR Workshop on the Analysis of Party Systems, London, April 7—12.
- Schleth, Uwe und Erich Weede, 1971: Causal Models of West-German Voting Behavior. S. 73—95 in Rudolf Wildenmann, Hrsg., Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. München und Wien: Olzog.
- Stokes, Donald, 1958: Partisan Attitudes and Electoral Decision. Yale University (doctoral dissertation).
- Stokes, Donald, 1966: Some Dynamic Elements of Contests for the Presidency. American Political Science Review, Vol. 60, S. 19—28.
- WEMA, 1968: Kommunalpolitisches Bewußtsein. Köln.
- WEMA, 1969: Kommunalpolitisches Bewußtsein und Verhalten in ausgewählten Gemeinden der BRD. Köln.